PAPIERLOSE ZEITUNG

Wenn ein Diplom plötzlich nichts mehr gilt
Seite 3

Das Spielzimmer ist immer geschlossen
Seite 14

Hier soll es schlimmer sein als dort, woher du geflohen bist
Seite 16

Pir Babas wunderbare Geschichten
Seite 21

Foto: Milad Perego, milopic.ch

WEN SOLL ICH RETTEN?

Um eine Einladung vom Bundespräsidenten Ueli Maurer zu bekommen, versuche ich, eine Schweizerin, einen Schweizer oder ein Tier zu retten

Amine Diare Conde

Ich würde gerne jemandem das Leben retten. Dann würde ich vom Bundespräsidenten Ueli Maurer eingeladen werden. Die Medien würden meine Heldentat bekannt machen.

Aber dafür müsste ich wohl einen Menschen mit Schweizer Pass oder ein Tier retten, und das ist ein sehr schwieriges Unterfangen, weil die Menschen hier gut auf sich aufpassen und stets auf der Hut sind. Was mich in der Schweiz überrascht und fasziniert, ist die Tatsache, dass sogar die Tiere eine Ausbildung machen! Und die Vierbeiner riskieren auch nie ihr Leben. Sie laufen zum Beispiel nie bei Rot über die Strasse und spielen nicht am offenen Fenster. Und wenn doch einmal ein Unfall geschieht oder eine gefährliche Situation entsteht, sind die Rettungsorganisationen schneller zur Stelle als ich.

Es ist schwieriger, als ich erwartet habe. Dennoch verliere ich nie die Hoffnung, dass es irgendwann klappen wird, weil mir viele Menschen hier die Daumen drücken.

► *Seite 2*

EDITORIAL

Liebe Leserin*innen

Schneller. Effizienter. Und natürlich gern auch billiger: So stellt sich die Politik das Asylverfahren vor, das am 1. März mit dem neuen Asylgesetz in Kraft getreten ist. Nur noch 140 Tage soll es dauern – ob das funktioniert? Denn bisher wurden ja jene Asylgesuche, welche die grössten Chancen auf Bewilligung haben, gern auf die lange Bank geschoben. So müssen beispielsweise Personen aus Syrien oft drei Jahre auf eine Entscheidung warten.

Das neue Asylgesetz bringt für geflüchtete Menschen Nachteile: Die Rekursfrist wird von 30 auf 10 Tage verkürzt. Und in den neuen Asylzentren sind die Menschen den grössten Teil der Zeit eingesperrt, die Bewegungsfreiheit ist eingeschränkt. Umso wichtiger ist es, die Migrationspolitik der Schweiz aus einer kritischen Position zu beobachten. Wir tun das mit Herzblut – denn die *Papierlose Zeitung* wird nicht von Unbeteiligten geschrieben, sondern zum grossen Teil von Menschen, die aus eigener Erfahrung wissen, was es heisst, jahrelang auf Asyl zu warten, willkürlichen Entscheidungen ausgesetzt zu sein oder gar Repression und Grundrechtsverletzungen zu erleiden. Viele Menschen in der Schweiz wissen nicht, wie repressiv die hiesige Politik Geflüchtete behandelt – so repressiv, als sei eine Flucht schon etwas Kriminelles.

Besonders dramatisch ist die Situation im Nothilfe-Regime. Hier wird alles unternommen, um Abgewiesenen den Aufenthalt in der Schweiz unerträglich zu machen. Mit einer Infografik und einem Erfahrungsbericht zeigen wir auf, wie das Leben mit Eingrenzung in Urdorf konkret aussieht – es bleibt kaum Leben übrig (Seite 16). Aus Adliswil berichten Familien von ihrem Alltag im Nothilfe-Regime: Auf dem Weg zur Dusche friert man und begegnet Ratten, und das Spielzimmer ist immer geschlossen (Seite 14).

Eine weitere politische Verschärfung im Kanton Zürich trifft Menschen mit F-Status. Statt Sozialhilfe erhalten sie nur noch Asylfürsorge. Viele Gemeinden streichen Integrationsmassnahmen wie Deutschkurse (Seite 24). Richtlinien gibt es nicht, die Situation ist völlig intransparent. Zudem wird Menschen mit F-Ausweis der Zutritt zu Clubs verwehrt (Seite 20), insbesondere wenn sie nicht weiss sind.

Alltagsrassismus erleben viele Menschen in der Schweiz, nicht nur Geflüchtete. Eine davon ist das Racial Profiling durch die Polizei. Dagegen regt sich Widerstand (Seite 12). Doch es gibt – unabhängig von der Aufenthaltsbewilligung – immer die Möglichkeit, sich politisch zu engagieren (Seite 5): Es kommt auf jede Stimme an. Und jeder und jede kann eine Initiative starten. In diesem Sinn will die *Papierlose Zeitung* auch zu Engagement und Hinschauen ermutigen. Wir wünschen eine anregende Lektüre.

Das Redaktionskollektiv

Im Mai 2018 rettete Mamoudou Gassama, der ohne Papiere in Frankreich lebte, einem französischen Kind aus Selbstlosigkeit das Leben, worauf Gassama vom französischen Präsidenten, Herrn Emmanuel Macron, zu einem gemeinsamen Frühstück eingeladen wurde. Mamadou Gassama wurde als Held gefeiert und bekam eine Auszeichnung und eine Aufenthaltsbewilligung. Seither gehe ich fast jeden Tag nach der Freiwilligenarbeit ins Freie, um nach Menschen zu suchen, die sich in Not befinden, um sie dann zu retten. Aber diese Person muss einen Schweizer Pass haben, mit roter Farbe und weissem Kreuz in der Mitte. Sonst laufe ich Gefahr, verhaftet und angeklagt zu werden.

Denn man muss eine Regel beachten, um als Held zu gelten und eine Einladung vom Bundespräsidenten Ueli Maurer, einem wahrhaftigen Schweizer, zu bekommen. Man muss aufpassen, dass man nicht die falsche Person rettet, denn sonst kann man bestraft werden oder gar im Gefängnis landen. Ich wünsche niemandem eine solche «Belohnung»!

Frauen wie Anni Lanz oder Lisa Bosia zum Beispiel, die im Jahr 2018 an der Schweizer Grenze Menschen gerettet haben, wurden dafür kriminalisiert und bestraft. Für mich ist es eine Katastrophe und ein Drama, was seit 2016 auf dem Mittelmeer passiert: Die Migrant*innen werden in die Türkei oder nach Libyen abgeschoben, Europa interessiert es nicht, was dort mit ihnen passiert.

Ich wünsche mir, dass mich Politiker*innen in der Schweiz einladen würden, wenn ich etwas Gutes für die Menschheit leiste. Es sollte dabei keine Rolle spielen, welche Hautfarbe oder Nationalität ich habe. Mensch ist Mensch, und jeder Mensch hat nur ein Leben.

Wenn mich meine Eltern nach der Nationalität gefragt hätten, bevor ich geboren wurde, wäre meine Antwort wie folgt ausgefallen: Ich wünsche mir ein Land, wo Freiheit, Sicherheit und Gleichheit herrschen und direkte Demokratie angewandt wird. Ich denke, dass alle Menschen ähnlich antworten würden.

Die Schweiz verspricht, diese Grund- und Menschenrechte einzuhalten. Deswegen riskieren Menschen ihr Leben, um hierher zu kommen, wo sie die Möglichkeit haben, ein gutes Leben zu führen.

SCHAU VORBEI!

www.papierlosezeitung.ch

Regelmässige Updates und Online-Archiv

WENN EIN DIPLOM PLÖTZLICH NICHTS MEHR GILT

Hast du dir schon die Frage gestellt, weshalb viele Menschen mit Migrationshintergrund in der Schweiz nicht an eine Hochschule gehen oder warum sie sich beruflich für etwas ganz anderes entscheiden, als ihre Ausbildung zulassen würde?

Malek Ossi

Sehr oft können Menschen, die in ihrem Heimatland gut ausgebildet sind, ihren Beruf in der Schweiz nicht ausüben. Unsere Diplome werden nicht anerkannt, wir werden als unqualifizierte Arbeitskräfte behandelt, unser Wissen wird nicht genutzt. Eine Folge davon sind die oft geringen Löhne von Menschen mit Migrationshintergrund. Hinzu kommt, dass damit unsere soziale Anerkennung stark sinkt. Die Erfahrungen, die wir dabei machen, sind oft schmerzhaft, so dass manche Menschen gar nicht mehr darüber sprechen möchten. Über ihre aktuelle soziale und berufliche Lage nachzudenken, tut ihnen weh.

Die Behörden legen uns Steine in den Weg. Die Voraussetzungen, die man hier erfüllen muss, sind zum Teil unerreichbar. Zum Beispiel wird die Anerkennung des Universitätsabschlusses zum ewigen Durchqueren eines Labyrinths. Auch andere gute ausländische Ausbildungen werden hier nicht akzeptiert, oft auch die Matura nicht. Viele von uns beginnen einen harten Kampf gegen die Schweizer Bürokratie und klopfen jahrelang an verschiedene Türen, bis wir mit etwas Glück eine offene finden. Dieser Artikel beleuchtet anhand verschiedener Gespräche ein Schicksal, das viele von uns teilen.

Bereket aus Eritrea,
31 Jahre alt, Mathematiklehrer und Sanitär-Lehrling

Bei einem Kaffee an einem gemütlichem runden Tisch erzählt mir Bereket, wie er die ersten 11 Schuljahre bis und mit Gymnasium durchlaufen hat, um dann wie alle anderen Gymnasiast*innen in Eritrea die zwölfte Klasse mit Matura und gleichzeitigem Militärtraining zu absolvieren. Mit seinem guten Resultat bei der Maturitätsprüfung konnte er am *Asmara Teacher Training Institute* eine Ausbildung zum Lehrer machen. Später machte er eine Weiterbildung am *Eritrea Institute of Technology*, um daraufhin einen auf Englisch geführten Bachelor in *Mathematics and Education* mit Auszeichnung zu absolvieren. Mit einem abgeschlossenem Studium arbeitete er eineinhalb Jahre als Lehrer.

Eigentlich möchte er auch hier in der Schweiz am liebsten als Mathematiklehrer arbeiten. Das grösste Problem dabei ist momentan die Sprache. Er hat an der ETH Schnupperkurse für geflüchtete Menschen besucht. Obwohl der Inhalt grundsätzlich auf einem Niveau war, mit dem er keine Mühe hatte, waren die sprachlichen Hürden bei den Kursen, die auf Deutsch stattgefunden haben, zu hoch. Die auf Englisch geführten Kurse waren für ihn kein Problem.

Also hat sich Bereket erstmal für eine andere Richtung entschieden. «Zurzeit mache ich eine Ausbildung als Sanitär,» sagt er. «Wenn ich mit meiner Lehre fertig bin, werde ich nochmals schauen, welche Möglichkeiten ich für meinen zukünftigen Weg habe.» Und er fährt fort: «Selbst wenn ich die sprachlichen Hürden überwinde, könnte ich nicht weiterstudieren, solange meine eritreischen Mathematikzeugnisse nicht anerkannt werden.»

In einer Gratisdeutschschule wurde Bereket von einer Lehrerin darauf angesprochen, ob er sich nicht eine Lehre als Sanitär vorstellen könnte. Da er einen Einblick in die Berufswelt hier in der Schweiz erhalten wollte, war er mit einer Schnupperlehre einverstanden. Es hätte wahrscheinlich keine grosse Rolle gespielt, welchen Beruf die Lehrerin ihm nahegelegt hätte: «Ich hatte damals einen N-Ausweis, ich war noch im Asylverfahren und mein Deutsch war noch nicht sehr gut.»

Nach der Schnupperlehre bot der Betrieb Bereket eine Lehrstelle an. Als er die Aufenthaltsbewilligung B erhielt, entschied er sich für diese Lehrstelle. Das war eine sehr schwierige und schwerwiegende Entscheidung, sagt er. Sein Vorhaben war, während der Lehre sein Deutsch zu verbessern und später Weiterbildungen machen zu können. Er dachte, dass er als Sanitär wenigstens überhaupt arbeiten und sich in eine Berufswelt begeben könnte, so dass er so schnell wie möglich unabhängig sein würde, um ein Leben aufbauen zu können. Für ihn bleibt fraglich, ob er dies mit einem Studium auch tun könnte. Er könnte vielleicht schon mit allen Mitteln versuchen, noch einmal ein Studium zu absolvieren. Aber wäre er mit nicht ganz makellosen Deutschkenntnissen als Lehrer konkurrenzfähig auf dem Arbeitsmarkt?

Bereket bettet seine Überlegungen in seine Lebenssituation hier in der Schweiz ein: «Schau, alles, was ich hier sage, ist vor dem Hintergrund zu verstehen, dass ich während zwei Jahren in einem Wartezustand war, in dem ich nicht wusste, ob ich eine Aufenthaltsbewilligung erhalten würde. Zudem war es mir in dieser Zeit untersagt, eine Lehre, ein Studium oder sonst etwas beruflich Sinnvolles anzufangen.» Diese Wartezeit war für ihn wie für alle geflüchteten Menschen zermürbend. In den ersten Monaten hier in der Schweiz war er mit ganz anderen Zielen und Vorstellungen unterwegs. Aber er wurde mit der Realität konfrontiert, die so aussah, dass sein beruflicher Hintergrund nicht anerkannt wurde und dass sein Deutsch nach wie vor noch nicht fehlerfrei war.

Es schmerze ihn und tue ihm leid, dass er seinen Beruf nicht ausüben könne, betont er. Er sei auch wütend auf die eritreische Regierung, denn diese weigere sich, Abschlussdiplome auszustellen. Sie stellt nur für jedes Semester einen aktuellen Notendurchschnitt aus, vergibt aber absichtlich keine offiziellen Abschlüsse. Bereket wundert sich aber auch über die Schweizerische Diplomanerkennungspraxis. Die Schweiz und somit auch Hochschulen wie die ETH wüssten doch um die politische Situation von Ländern wie Eritrea: «Warum testen sie nicht die Fähigkeiten der Personen, anstatt sich nur auf Zertifikate zu konzentrieren, die in Eritrea ja aus politischen Gründen nicht ausgestellt werden? Die Hochschulen sollten vielmehr schauen, was die Leute mitbringen, und dann entscheiden. Den alleinigen Fokus auf Diplome finde ich sehr problematisch.»

Leyla aus Syrien,
45 Jahre alt, Juristin

Wir sitzen vor dem Bundeshaus in Bern. Leyla erzählt mir, dass sie in Damaskus den Bachelor in Jura erfolgreich abgeschlossen hat. Von 2010 bis 2013 leitete sie in ihrer Heimatstadt einen Kindergarten, dann zog sie mit ihrem Mann in den Nordirak. Inzwischen lebt sie seit gut fünf Jahren hier in der Schweiz und hat mitsamt ihrer Familie eine vorläufige Aufenthaltserlaubnis.

Eigentlich wollte Leyla sich ihr Diplom anerkennen lassen, um ihr Studium fortsetzen zu können. Aber «mir wurde mitgeteilt, dass mein Bachelor nicht ganz anerkannt ist. Viele Kreditpunkte wurden nicht übernommen, genauer gesagt waren es von 180 Kreditpunkten nur 60. Das kann ich nachvollziehen, weil Jura hier anders ist als in Syrien. Damit meine ich, dass gewisse Gesetze anders sind, wie etwa beim Bau eines neuen Hauses. Eine Freundin von mir, die in Syrien Wirtschaft studiert hat, wurde in Bern von der Universität aufgenommen.» Hinzu kam, dass Leylas Deutschkenntnisse nicht ausreichend waren. Für den Studienbeginn hätte sie das Niveau C1 gebraucht, «was ich kritisch finde, weil ich daran glaube, dass man während des Studiums lernen kann.»

Aufgrund dieser Hindernisse entschied sie sich dafür, erstmal einen anderen Weg einzuschlagen. Sie arbeitet derzeit bei einer Studie des Zürcher Universitätsspitals über psychische Probleme von Syrer*innen in der Schweiz. Ausserdem dolmetscht sie freiwillig für Geflüchtete bei Behördengängen und bereitet sich auf die Deutschprüfung für das C1 vor. Sie schlägt die Hände vors Gesicht und stöhnt: «Diese Prüfung ist verdammt schwierig!» Diese ganzen Aufgaben zu bewältigen verlangt einen grossen Kraftaufwand. «Es ist nicht leicht, neben meinen 3 Kindern alles unter einen Hut zu bringen.»

Sie hat mehrmals versucht, bei Organisationen, die Geflüchtete unterstützen, ein Praktikum zu beginnen, jedoch stösst sie dabei immer wieder auf verschlossene Türen. «Ich habe das Gefühl, dass Schweizer*innen immer Vorrang haben. Mir scheint, sie hätten Angst, dass wir ihnen die Jobs wegnehmen.» Es gebe zwar viele Organisationen, die helfen wollen, aber die Hilfe höre oft dann auf, wenn es um wirkliche Emanzipation gehe.

Für die nähere Zukunft hofft Leyla, ihre C1-Prüfung zu bestehen. Überdies würde sie sich wünschen, nur ein paar Weiterbildungen besuchen zu müssen, anstatt ihr Studium zu wiederholen. Ausserdem bräuchte sie finanzielle Unterstützung, doch das ist schwierig. Häufig kriegen vorläufig aufgenommene Menschen keine Stipendien. Glücklicherweise hat ein Verein ihr eine zweijährige Unterstützung zugesagt.

Jamal aus dem kurdischen Teil Syriens,
26 Jahre alt, Jura-Student und
bald Student der Sozialarbeit

«Zwölf Jahre lang habe ich verschiedene Schulen besucht und zweimal die Matura gemacht, schliesslich wollte ich Jura studieren, und in Syrien muss man beim Abschluss ein hohe Punktzahl haben, um zu diesem Studium zugelassen zu werden», erzählt mir Jamal an einem regnerischen Tag in einer warmen Küche bei einer Tasse Tee. Nach zwei Jahren Vorbereitung konnte er endlich mit dem Studium beginnen. Bis 2015. «Dann musste ich aus Damaskus fliehen. Ich war gezwungen, mein Studium abzubrechen. Bis heute schmerzt mich dies.» Am Ende des gleichen Jahres kam Jamal in der Schweiz an. Hier angekommen dachte er sich, er könne seinen Traum verwirklichen. «Jedoch stiess ich auf so grosse Hürden, die wie der Himalaya erst einmal unüberwindbar waren.» Er hatte keinen Deutschkurs, keine Aufenthaltsbewilligung und eine starke Ungewissheit im Hinblick auf seine Zukunft. «Auf Anfrage hin teilte mir die Uni Fribourg mit, dass ich für ein Studium die Matura für Erwachsene machen müsste.» Dieser Satz raubte ihm jede Perspektive, weiter an der Uni zu studieren.

Anfang 2016 fing er an, bei unabhängigen Projekten wie der *Autonomen Schule* in Zürich Deutsch zu lernen. Er begann sich dort politisch zu engagieren: «Ich war zunehmend von der Notwendigkeit eines politischen Wandels für die Verbesserung meiner Lebenssituation überzeugt.» Hier ging er dreimal pro Woche in den Deutschunterricht. Nach wenigen Monaten sprach er schon einigermassen gut Deutsch. «Der Umgang mit anderen Leuten und der Austausch mit Freund*innen haben mir dabei sehr geholfen.»

Jamal wollte so schnell wie möglich von der Sozialhilfe unabhängig werden, also entschied er sich für eine Lehre als Automechaniker. «Nach ein paar Schnuppertagen war ich enttäuscht und überzeugt, dass dies nicht mein Lebenstraum war.» Also informierte er sich. Bei einem Gespräch mit einer Bekannten wurde er auf Soziale Arbeit aufmerksam. «Eine Woche später war ich in der *Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (ZHAW)* und musste mir anhören, dass ich für ein Studium in Sozialer Arbeit Schweizerdeutsch sprechen und verstehen müsse.» Ausserdem hätte er tausend Stunden Arbeitserfahrung gebraucht. Er lacht: «Ich durfte doch gar nicht arbeiten, weil ich noch im Asylverfahren war!» Das Verfahren dauerte bei ihm fast drei Jahre. Überdies musste er für die Fachhochschule das Deutschniveau C2 nachweisen, obschon man an der Uni nur C1 verlangt. Die Fachhochschulen argumentieren, dass man bei ihnen viel schreiben und lesen müsse. Jamal lacht bei dem Gedanken an diese Argumentation, «als ob man bei einem Germanistik- oder Jurastudium nicht auch viel lesen und schreiben müsste.»

Also suchte er während zwei Jahren nach einer Alternative. Letztes Jahr wurde Jamal an einer Fachhochschule für Soziale Arbeit einer anderen Stadt aufgenommen. «Sie haben meinen syrischen Maturitätsabschluss anerkannt. Jedoch wurde mir die Bedingung auferlegt, das Deutschniveau C2 zu haben.» Seither lernte er wie eine fleissige Biene Deutsch. Im Januar legte er die Prüfung ab. «Die Prüfung war sehr schwer und hatte überhaupt nichts mit Sozialarbeit zu tun.» Im September diesen Jahres beginnt er sein Studium, worauf er sich überaus freut. «Es ist, als hätte ich ein unheimlich spannendes Date vor mir.»

WILLST DU BUNDESRAT ODER BUNDESRÄTIN SEIN?

WEISST DU, WAS MAN IM BUNDESRAT MACHT?

HAST DU INTERESSE, POLITIK ZU MACHEN?

AUCH MIGRANT*INNEN KÖNNEN SICH POLITISCH ENGAGIEREN

Möchtest du politisch aktiv werden? Hier geben wir dir ein paar Informationen und Ideen.

Ari Sulaiman und Amine Diare Conde

Die Schweiz ist eine direkte Demokratie. Politik spielt hier eine wichtige Rolle. Alle haben die Möglichkeit, politisch mitzuwirken und mehrmals im Jahr abzustimmen – vorausgesetzt, sie haben einen Schweizer Pass. Doch es leben auch Menschen hier, die keinen Pass haben. Sogar sehr viele: Von einer Gesamtbevölkerung von 8 484 130 Millionen haben 2 128 400 Personen laut dem Bundesamt für Statistik kein Bürgerrecht und dürfen dementsprechend auch nicht abstimmen – das sind 25,086 Prozent aller Menschen, die hier leben. Die Regeln für die Einbürgerung sind sehr komplex und unterscheiden sich von Kanton zu Kanton.

Was allerdings viele nicht wissen: Auch Migrant*innen können politisch aktiv sein. Sie können ohne Bürgerrecht Parteimitglied werden und sich in einer Partei engagieren, auch mit Ausländerausweis C oder N. Allerdings braucht es ein bisschen Geld dazu. Die Mitgliedschaft bei einer Partei kostet etwa 100 Franken im Jahr oder, wenn man verdient, auch mehr. Als Mitglied kann man an den Parteiversammlungen teilnehmen und Ideen einbringen.

Ausserdem kann in der Schweiz jeder und jede die eigene Meinung sagen, Leser*innenbriefe schreiben oder Briefe an Politiker*innen oder für eine Sache demonstrieren – also das Grundrecht der Meinungsfreiheit nutzen. Es gibt verschiedene Wege, seine Stimme einzubringen, auch wenn es schwierig ist, sich politisch Gehör zu verschaffen, besonders für Migrant*innen. Denn sie haben daneben auch noch andere grosse Herausforderungen zu bewältigen: das Lernen der Sprache, das Erhalten einer Aufenthaltsbewilligung und die Stellensuche

An einigen Orten haben Ausländer*innen auf lokaler oder kantonaler Ebene politische Rechte. In den Kantonen Neuenburg und Jura beispielsweise haben Ausländer*innen das Stimmrecht und das passive Wahlrecht. Auch einzelne Gemeinden, vor allem in der Westschweiz, geben ausländischen Bürger*innen die Möglichkeit, mitzubestimmen.

Alle sollen mitreden

Durch Politik kann man in der Schweiz Dinge verändern und das System verbessern. Die Idee einer Demokratie ist ja gerade, dass alle mitmachen, mitreden und mitbestimmen. Zum Beispiel wurde eine Initiative gestartet gegen die vom Bundesrat beabsichtigte Lockerung des Waffenausfuhrverbots in Bürgerkriegsländer. Darüber wird nun abgestimmt.

Wenn wir etwas verändern wollen, liegt es an uns, uns politisch zu engagieren. In der Schweiz braucht die Regierung das Volk. In den Ländern, wo wir herkommen, ist das nicht so. In Guinea beispielsweise braucht die Regierung das Volk nicht, denn sie hat aufgrund der Rohstoffvorkommen (Bauxit, Gold, Diamanten und andere) selber viel Geld. Das fördert die Korruption – die Staatsangestellten wie Polizei und Lehrpersonen verdienen viel zu wenig, während das Geld zur Regierung fliesst.

Auch in Syrien braucht die Regierung nicht das gesamte Volk, sondern nur einige wenige loyale Unterstützer*innen, Geschäftsleute und die Geheimdienste. Die Familie Assad hat fast alle im Land

verfügbaren Ressourcen, beispielsweise das Öl, gestohlen. Sie kontrolliert den Import und Export, die Fabriken und vieles mehr. Es gibt nur eine einzige Partei, die «sozialistische» Baath-Partei, die unter der Autorität von Assad steht: Es handelt sich um eine sektiererische Regierung, eine Diktatur, eine Mafia. Es gibt keine freien Medien und keine freie Politik. Diejenigen, die mehr Bestechungsgelder zahlen, werden an der Macht beteiligt. Gegner werden getötet oder lebenslang inhaftiert. Minderheiten wie die Kurden haben keine Grundrechte. Wir sind mit der Vorstellung aufgewachsen, dass Politik gefährlich ist, dass man durch Politik im Gefängnis landen kann.

In der Schweiz ist das anders. Hier ist es nicht gefährlich, abzustimmen oder zu demonstrieren. Man sieht nicht, wer für was gestimmt hat. Man kann irgendeine Partei wählen, ohne negative Konsequenzen. Aber das wissen Migrant*innen meist nicht.

Wie kann man Politik interessant machen?

Zugewanderte und Geflüchtete kennen die Möglichkeiten politischer Mitwirkung oft überhaupt nicht. Und sie werden nirgendwo über ihre politischen Rechte informiert, weder in den Asylzentren noch in Integrationskursen. Doch damit eine Demokratie funktioniert, braucht es Informationen. Auch viele Menschen mit Migrationshintergrund, die den Schweizer Pass haben, gehen nicht abstimmen und haben keine Ahnung, was hier politisch passiert. Das ist schade. Auch Schweizer*innen zwischen 15 und 30 Jahren lesen kaum politische Artikel und sind selten politisch interessiert. Das Nichtwissen gibt einem das Gefühl, nicht mitbestimmen zu können. Das führt zu Frustration.

Nur etwa 37 bis 55 Prozent der Schweizer*innen gehen jeweils abstimmen. Umso wichtiger ist es, klarzumachen, dass politische Mitbestimmung etwas wert ist! Es kommt auf jede Stimme an. Jeder Mensch ist wertvoll. Und jeder und jede kann eine Initiative starten.

Eine grosse Herausforderung für die Demokratie ist es, das politische Unwissen zu überwinden. Politische Bildung sollte besser etabliert werden, auch in den normalen Schulen. Auch Migrant*innen sollten gezielt informiert werden. In jedem Asylheim und in jeder Gemeinde sollte es eine Person geben, die erklärt, wie die Politik hier funktioniert: Wie kann man sich integrieren? Wie kann man mitreden? Wie kann man sich besser informieren? Das passiert bisher wenig. Ein möglicher Grund: Das soziale Umfeld erwartet nicht, dass Migrant*innen mitreden. Vielmehr möchte man Geflüchteten «einfache» Jobs vermitteln und es dann dabei belassen. Wer in die Schweiz geflüchtet ist, kann oft kein Studium machen. Aber Politik kann man immer machen, unabhängig vom Beruf, unabhängig von der Herkunft.

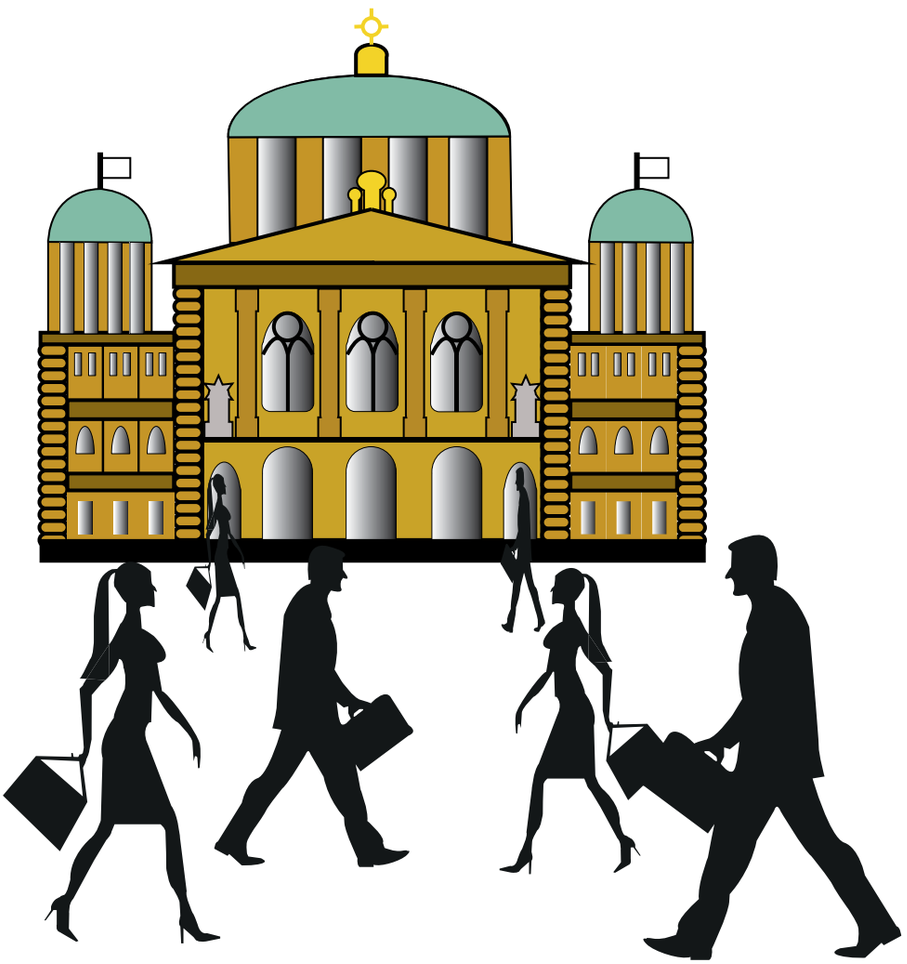


Illustration: Binyam Taye Tadele

Impressum
Papierlose Zeitung
c/o Verein Bildung für Alle
Postfach 207, 8040 Zürich
info@papierlosezeitung.ch

Alternative Bank ABS – 4601 Olten
Postkonto: 46-110-7
Konto-Nr.: 306.112.100-00
IBAN: CH83 0839 0030 6112 1000 0

Die in dieser Zeitung veröffentlichen Artikel sind urheberrechtlich geschützt. Das Copyright liegt bei den Autorinnen und Autoren.

Kostenlos abonnieren
Schicken Sie uns einfach Ihre Postadresse:
Mit dem Webformular unter
www.papierlosezeitung.ch/seite/abo
per E-Mail oder per Post.

Redaktion
Amine Diare Conde, Andreas Cassee, Anja Römisch, Ari Sulaiman, Itzíar Tesán, Lukas Tobler, Katharina Morello, Malek Ossi, Mans Cali, Malte Seiwerth. Martina Läubli, Michael Schmitz, Milad Perego, Osama Abdullah, Paul Leuzinger, Radoje Markovic, Rahel Preisig, Sandy K., Ulrike Ulrich.

Korrektorat
Anja Römisch, Paul Leuzinger, Ulrike Ulrich, Lukas Tobler, Caro Teufelberger

Grafik
NORM, Zürich & Binyam Taye Tadele

Aktuelle Artikel
www.papierlosezeitung.ch

Dank an die Wochenzeitung!

Die Autonome Schule Zürich bedankt sich herzlich bei der Wochenzeitung WOZ für die Hilfe bei der Verbreitung dieser Zeitung.

Die WOZ unterstützt die Papierlose Zeitung – unterstützen wir die WOZ. Am besten mit einem Abonnement, unkompliziert zu beziehen unter: www.woz.ch/abo/bestellen

GEWALT GEGEN FRAUEN HAT VIELE GESICHTER

Gewalt gegen Frauen ist ein Problem, das es überall auf der Welt gibt. Migrierte Frauen sind davon oft mehrfach betroffen. Der folgende Text ist aus der Perspektive von Frauen geschrieben, die in die Schweiz migriert sind.

Frauengruppe ASZ

Gewalterfahrung kann ein Grund sein, das Herkunftsland zu verlassen. Gewalt trifft Frauen auf der Flucht, auf dem Weg in die Schweiz. Eine Freundin erzählt: «Auf dem Weg bleibe ich bei einem Mann, sage, dass er mein Mann ist. Er sagt, ich bin seine Frau. Damit ich sicher bin.» Die Gewalt durchleben Frauen auch oft, wenn sie in Befragungen ihre Erlebnisse beschreiben müssen. Freundinnen sagen, dass sich die Befragungen des Migrationsamtes wie ein Verhör der Polizei anfühlen. Sie fühlen sich schuldig, sind nervös und schämen sich, wenn sie fremden Menschen, oft Männern, von ihren Gewalterfahrungen erzählen müssen.

Auch in der Schweiz sind migrierte Frauen nicht vor Gewalt geschützt, sondern erleben Übergriffe in Unterkünften, Gewalt von Ehemännern oder anderen Familienmitgliedern und sexistische sowie rassistische Diskriminierungen. «In meiner Unterkunft ist der Weg zu den Toiletten lang und dunkel, in der Nacht gehe ich dort nicht hin», beschreibt eine Frau. «Wenn ich meinen Mann verlasse, weil er mich schlägt, wie kann ich selbstständig leben? Was sage ich meiner Familie?», fragt eine andere. «In meinem Land hatte ich einen Beruf. Hier in der Schweiz habe ich mich nur noch um die Kinder gekümmert, weil es für meinen Mann einfacher war, eine Arbeit zu finden. Das hat mich gestört», erzählt eine Frau.

Wieder eine andere Frau ärgert sich: «Ich bin eine schwarze Frau. Wenn ich die Langstrasse entlanggehe, bin ich für die Männer automatisch eine Sexarbeiterin.» Eine weitere hat ähnliche Erfahrungen gemacht: «Als Asiatin stosse ich oft auf das Vorurteil, dass asiatische Frauen Sexarbeiterin seien. Was kann ich dazu sagen? Ich bin verletzt vom Musical *Miss Saigon*. Es tut mir weh, dass Männer Asien als Ort des Sextourismus nutzen. Dann bringen sie ihre Stereotypen mit. Ich bin empört, dass Frauen auf der Fasnacht ein Geisha-Kostüm tragen oder sich als sexy Asiatin verkleiden. Als ob ein bestimmtes Aussehen als sexualisiertes Kostüm dienen könnte. Ich habe Angst um meine Tochter im Teenageralter. Ich fürchte, dass Stereotype in der Gesellschaft sie verletzen können. Ich kann nur hoffen, dass sie nicht hört, was ich hören musste.»

Strukturelle Gewalt

Strukturen und Angebote, die Frauen vor diesen Erfahrungen schützen oder ihnen helfen, diese Erfahrungen zu bewältigen, gibt es viel zu wenig. Das Aufenthaltsrecht vieler Frauen in der Schweiz ist oft an den Mann gebunden, der zudem noch die Familie ernährt. Wenn Frauen sich gegen Gewalt wehren, dann müssen sie dagegen kämpfen, dass ihnen nicht geglaubt wird. Oder sie müssen hören, dass die Gewalt, die sie erlebt haben, nicht «schlimm genug» sei. Die strukturelle Bagatellisierung zeigt sich auch in der Sprache der Ämter und Behörden, die eine weitere Form der Gewalt ist, die migrantische Frauen erleben. Hier einige Beispiele:

«Eheliche Gewalt führt nicht automatisch und voraussetzungslos zu einem Anspruch auf Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung. Verbale Konflikte mit gelegentlichem Anschreien sind ebenso wenig ausreichend wie eine einzelne Ohrfeige oder eine einmalige tätliche Auseinandersetzung, in deren Folge der Ausländer in psychischem Ausnahmezustand mit mehreren Kratzspuren im Gesicht einen Arzt aufsuchte.»

«Das Aufsuchen von Institutionen (z.B. Frauenhäusern), deren Aufgabe es u.a. ist, gewaltbetroffene Frauen zu beraten und zu unterstützen sowie die Tatsache, dass diese Institutionen in ihren Berichten und auch die Ärztin in ihrer Bestätigung die Schilderung der betroffenen Person wiedergeben, stellen für sich alleine noch keinen Beweis für tatsächlich erlittene Gewalt dar.»

«Der Eintritt ins Frauenhaus erfolgte sodann nicht etwa aufgrund unmittelbar zuvor erlebter ehelicher Gewalt, sondern vielmehr, weil [die Frau] von ihrem Ehegatten aus der gemeinsamen Wohnung rausgeworfen wurde und sie daher keine andere Wohnmöglichkeit finden konnte.»

«Im Interesse einer wirksamen Begrenzung des Bestandes der ausländischen Wohnbevölkerung und der Begrenzung der Arbeitslosigkeit werden im Kanton Zürich Aufenthaltsbewilligungen von getrennt lebenden Ehegatten nicht mehr erneuert, wenn deren Aufenthaltsregelung in der Schweiz aufgrund der Familiennachzugsbestimmungen erfolgt ist, die eheliche Gemeinschaft weniger als drei Jahre gedauert hat und keine besonderen Gründe eine Wegweisung als unangemessen erscheinen lassen.»

Wir fordern, die Gewalt – auch die strukturelle Gewalt – gegen migrierte Frauen zu stoppen.

Wir fordern Infrastrukturen zu schaffen, die auf die Bedürfnisse von gewaltbetroffenen Frauen ausgerichtet sind.

Wir fordern, geschlechterspezifische Fluchtgründe anzuerkennen.

Wir fordern, dass Gewalt gegen Frauen nicht als Problem wegen ausländischen Männern beschrieben wird. Gewalt gegen Frauen gibt es überall. Gewalt gegen Frauen wird auch vom schweizerischen Migrationssystem produziert und reproduziert.

Wir fordern, dass die verschiedenen Ebenen von Gewalt gegen migrierte Frauen sichtbar gemacht und als Problem anerkannt werden. Nur dann können wir erfolgreich gegen diese Gewalt kämpfen.

Dieser Text wurde von der Frauengruppe der Autonomen Schule Zürich am 24. November 2018 an der Demonstration gegen Gewalt gegen Frauen als Rede vorgetragen.

SCHLUSS MIT PUTZEN

↑1 «Ich heisse Lejla, ich kam vor fünf Jahren in die Schweiz. Wegen der Liebe.»

«Meinen Mann habe ich an der Universität in Makedonien getroffen. Wir sind beide aus Kosova. Seine Familie lebt aber seit dem Krieg in der Schweiz.»

«Nach der Uni haben wir in meinem Heimatdorf geheiratet. Danach ging Fidan zurück in die Schweiz. Ich musste fast ein Jahr warten, bis es mit meinen Papieren klappte.»

«Fidans Eltern habe ich erst hier kennengelernt. Sie putzen abends Büros und tagsüber in privaten Häusern. Meine Hilfe war sehr willkommen.»

↑2 «Ich hätte gern eine andere Arbeit. Leider nützt mir hier mein Diplom nichts. Ich habe Recht studiert, weil ich Anwältin werden und Menschen helfen wollte.»

«Putzen ist keine schlechte Arbeit. Aber beim Putzen lerne ich kein Deutsch. Die Schweizerinnen sind sofort weg, wenn ich komme. Es ist ein Teufelskreis: Ohne Deutsch stellt mich niemand ein. Ich bin niemand, ich putze nur.»

→3 «Wir haben jetzt eine Tochter. Sie ist meine ganze Freude. Sie lernt Deutsch auf dem Spielplatz. Ich lerne nur: Grüezi und Wiegaats.»

von Katharina Morello und Milad Perego
Darsteller*innen: Nunu und Andere

←4 «Manchmal fühle ich mich so allein. Wie eingesperrt in einer engen Schachtel. Mitten in der Schweiz und doch ausserhalb. In solchen Momenten würde ich am liebsten mein Kind nehmen und zurück nach Kosova.»

↓5 «Luana kommt jetzt in den Kindergarten. Sie übt seit Monaten. Malen. Schneiden. Lesen. Luana heisst: Löwin. Ich bin sehr stolz auf sie.»

«Am zweiten Tag kam Luana weinend heim. Das Nachbarmädchen will nicht mit ihr den Weg zum Kindergarten gehen. Sie hat sie gestossen. WARUM?»

↑6 «Ich kann die Nachbarin nicht fragen, was los ist. Jetzt MUSS sich etwas ändern – oder ich gehe zurück nach Kosova. Ich bin doch die Löwin-MUTTER!»

←7 «Ich habe meinen ganzen Mut zusammengenommen und eine ältere Frau, bei der ich putze, um Hilfe beim Deutschlernen gefragt. Sie war früher Lehrerin. Sie hat Ja gesagt.»

«Dank meiner Tochter bin ich aufgewacht und dank meiner Lehrerin doch noch in der Schweiz angekommen. Heute arbeite ich in einem Altersheim als Hilfspflegerin. Wenn ich etwas sehe, was nicht richtig ist, bringe ich es zur Sprache. Eine Bewohnerin sagt mir immer: Lejla, Sie sind hier meine Menschen-Rechtsanwältin!»

Fotos: Milad Perego, milopic.ch

REPRESENTING SWITZERLAND …

Wie ich als Asylsuchender dazu kam, in Genf die Schweiz vor der UNO zu vertreten.

Amine Diare Conde

Ich war noch minderjährig, als ich 2014 in die Schweiz einreiste und um Asyl nachsuchte. Deshalb kam ich ins Zentrum für «*mineurs non accompagnés*» (MNA) in den Lilienberg ob Affoltern. Dort lebten sechzig Minderjährige, vor allem aus Eritrea, Syrien und Afghanistan. Ich sprach als einziger Französisch. Ich teilte mein Zimmer mit einem zwölfjährigen Jungen aus Albanien. Er konnte nicht kochen. Unsere Betreuer*innen hatten keine Möglichkeit, für uns zu kochen. Ich selbst lernte erst noch zu kochen und habe dabei viele Pfannen angebrannt. So ernährte uns am Ende die Migros Affoltern: Nutellabrote und Coca-Cola. Es war eine schwierige Zeit.

Wir bestimmten, welche Themen für uns am wichtigsten waren. Darunter war auch der Punkt «Ausschaffungen».

Eines Tages besuchten uns die Leute von *Speak Out* von der *Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände*. Wir sprachen über unsere Situation im Zentrum und schrieben eine *MNA-Charta zu den Anliegen von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden in der Schweiz*. Sie enthielt Kritikpunkte und Anliegen zu verschiedenen Themenbereichen: zu unserer allgemeinen Situation (fehlende Chancengleichheit und Mitsprache bei der Zuteilung an die Kantone, teils prekäre, nicht MNA-gerechte Unterbringung), zu unserer Betreuung (Zuteilung der jeweiligen Betreuer*innen, Prüfung der Unterbringung in einer Gastfamilie), zur Ausbildung (Gleichbehandlung unabhängig von der Kantonszuteilung, Beachtung der Schulpflicht, Ausbildungsmöglichkeiten nach der Schulpflicht, Zugang zu Lehrstellen für Personen mit N- und F-Ausweis) und zum drastischen Verlust unserer MNA-Privilegien mit dem 18. Geburtstag.

Wir schrieben auch einen Brief ins Bundeshaus. Da kam eine Einladung der *Parlamentarischen Gruppe Kinder und Jugendliche*. Man riet mir im Interesse meines Asylgesuches, mich nicht zu exponieren. Ich verstand das aufgrund der Erfahrungen in meiner Heimat und ging zuerst nicht mit zum Hearing. Bei der zweiten Einladung aber doch. Ich sprach zehn Minuten vor Schweizer Parlamentarier*innen.

Vielleicht wollte *Terre des Hommes deshalb*, dass ich im Sommer 2016 die Schweiz an den *Global Youth Consultations* im Rahmen der *Annual Consultations with NGOs* am Sitz des UNHCR (UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge) in Genf vertrete. Dafür musste ich mehr über die Schweiz und ihr System und ihre Politik wissen. In Bern kamen zur Vorbereitung junge Asylsuchende aus verschiedenen Kantonen zusammen. Wir bestimmten, welche Themen für uns am wichtigsten waren. Darunter war auch der Punkt «Ausschaffungen». Und ich wurde als Repräsentant der Schweiz für die UN-Jugend-Konsultation gewählt.

Die Konsultation im Palais des Nations in Genf dauerte eine Woche. Es waren Vertreter*innen aus allen Erdteilen da.

Die Konsultation im *Palais des Nations* in Genf dauerte eine Woche. Es waren Vertreter*innen aus allen Erdteilen da. Einige Abgesandte konnten jedoch nicht teilnehmen. Sie hatten von der Schweiz kein Visum erhalten, weil unerwünschte Asylgesuche befürchtet wurden. Wir trafen uns zur Arbeit in vier Untergruppen und suchten nach gemeinsamen Anliegen, die wir in Punkten nach Prioritäten auflisteten. Diese Punkte besprachen wir mit Experten. Wir hofften, dass aus unseren Erfahrungen konkrete Vorstösse der UNO in den Zielländern der Migration entstehen würden, die unsere Situation verbessern. Zusammen mit einer aus Syrien stammenden Frau aus Deutschland durfte ich unser Schlussdokument dem UNHCR übergeben.

Es gab auch eine Einladung beim US-Botschafter. Und ich lernte den Schweizer Repräsentanten am UNHCR in Genf kennen. Er zeigte sich überrascht, dass ich nur einen N-Ausweis habe, also keine Aufenthaltsbewilligung, sondern nur eine Bestätigung, dass ich in der Schweiz ein Asylgesuch gestellt habe und auf einen Entscheid warte: ein fast Papierloser also, der als Betroffener die Schweiz vertritt.

Wir hofften, dass aus unseren Erfahrungen konkrete Vorstösse der UNO in den Zielländern der Migration entstehen würden, die unsere Situation verbessern.

Das *Executive Committee on youth* des UNHCR verfasste im Oktober 2016 als Resultat der Konsultation eine *Conclusion* mit acht Empfehlungen. Besonders wichtig ist mir der Punkt 7: die Verpflichtung, unseren Willen zur gesellschaftlichen Partizipation durch Ausbildung und Schulung zu unterstützen, unsere Fähigkeiten zu nutzen mit dem Ziel, dass wir in der Lage sind, für unseren Lebensunterhalt selbst aufzukommen.

Ursprünglich wollte ich in Europa Ingenieur werden. Aber meine Erfahrungen haben jetzt mein Interesse und Engagement für Menschenrechte geweckt.

Illustration: Itzifar Tesán

WAS PASSIERT, WENN WIDERSTAND GEGEN RACIAL PROFILING ZUR NORMALITÄT WIRD?

Mohamed Wa Baile

Hast du Angst vorm Schwarzen Mann? Selbstverständlich! Schweizer Polizist*innen halten regelmässig Schwarze[1] Menschen an. Oder, um es «objektiv» zu formulieren, sie kontrollieren Schwarze Menschen, weil sie diese verdächtigen, nicht hierher zu gehören, illegal zu handeln, oder die Absicht zu haben, illegal zu handeln. Bestimmte Orte vermeiden oder nicht, sich in Schale werfen oder ungezwungen bekleidet sein, weg- oder hinschauen: Nichts ist eine Garantie gegen Racial Profiling.

Weisse Menschen in der Schweiz haben Schwarze schon lange um sich. Aber weisse Blicke gibt es überall, wo Schwarze sind, überall wo der Kolonialismus Weisssein «normal» gemacht hat. Dieser Blick bedeutet, dass Schwarzen Menschen kein Recht zugestanden wird, in der Schweiz zu leben. Bösartig primitiv ist es, wenn die weissen Blicke von Polizist*innen kommen. Schwarz zu sein bedeutet, angestarrt, angehalten, heftig zu Boden gerissen, abgeführt und kontrolliert zu werden.

Seit 2015 widersetze ich mich rassistischen Polizeikontrollen. Am 5. Februar im Hauptbahnhof Zürich fanden zwei Polizisten und eine Polizistin bei ihrer regulären Durchsuchung keinen roten Pass auf meinem Schwarzen Körper. Dafür stellten sie mir eine Rechnung, die ich nie bezahlen werde. Auch nicht mit Spendengeldern.

Whitefacing

Ich muss vor Gericht erscheinen. Ich befürchte, dass ich auf dem Weg angehalten werden könnte. Es könnte sein, dass ich dadurch den Termin verpasse. Wie kann die Angst vor dem Schwarzen Mann überwunden werden? Das müssen die Menschen, die sich fürchten, selber herausfinden. Bis dahin, heute, übertrete *ich* die rassistische Trennlinie: Von der zweiten Klasse steige ich in die erste. Ich werde Mensch und Bürger. Vom «Anderen», «Fremden» und «Problem» verwandle ich mich zur «Normalität». Ich werde weiss. Ja, ich werde zum weissen Mann.

Es ist eine Entlastung normal zu sein, privilegiert. Normalweise kenne ich mich als Schwarzer Mann nur über den Blick des Weissen, und was ich mit diesem Blick sehe, stimmt nicht mit mir überein. Weiss fühle ich nun genau das Gegenteil dessen, wie sich Schwarze Menschen in weissen Räumen fühlen. Ich gehe aus meiner Wohnung, ohne mir Gedanken zu machen. Ich kann nicht nur von Bern nach Zürich reisen, sondern mich in der ganzen Schweiz ungehindert und unkontrolliert bewegen. Die Polizei bedeutet nun Sicherheit. Denn, wer hat Angst vor dem weissen Mann?

Tatsächlich muss ich als Schwarzer nicht zuerst meine Haut anmalen, um zu merken, dass Weisssein mit Privilegien einhergeht. Diese Sicherheit fühle ich nicht. Schwarzsein besteht ja unter anderem aus der Erfahrung, dass Polizisten auf mich aufmerksam werden. Alltägliche weisse Blicke erinnern mich daran, wie es sich anfühlt, ein Problem zu sein. Indem ich mich weiss anmale, versuche ich eine öffentliche Aussage zu machen: Was bedeutet es, weiss zu sein in der Schweiz?

Ist Weiss tatsächlich die glückbringende Farbe in dieser Welt? Weisse Polizist*innen arbeiten in einem System von institutionalisiertem Rassismus, sie sind in ihrem Weisssein gefangen. Für die Entmenschlichten sollte das «weisse Schaf» der Schweiz das schwarze rauskicken. Sie sollen mich entmenschlichen und werden selbst entmenschlicht. Sie benutzen Stöcke und Würggriffe. Wenn sie Undokumentierte anhalten, werden sie zu Vollstrecker*innen eines Systems, in welchem die Strafe Gefängnis ist, Ausschaffung und manchmal der Tod. Rassistische Polizeigewalt gehört in der Schweiz zum Alltag.

Fight the power

Während ein Grossteil der Dominanzgesellschaft diese rassistische Praxis als normal empfindet, sind immer mehr betroffene Menschen nicht mehr bereit, sie widerstandslos zu akzeptieren. Ich erinnere mich, wie antirassistische Aktivist*innen sich um vier Polizist*innen stellten, in Solidarität mit einer Schwarzen Frau, die gewaltsam kontrolliert wurde. Es war in der Mittagspause des Gerichtsprozesses von Wilson A. Wie wir war sie dort aus Solidarität mit Wilson A. Auf dem Weg zu uns in einen nahegelegenen Park. Da sah sie, wie Polizist*innen eine Schwarze Person kontrollierten. Sie ging hin und machte Fotos mit ihrem Handy. Plötzlich sahen einige, wie ein Polizist sie gegen die Wand drückte. Wir taten genau das, wofür die Schwarze Frau angegriffen wurde: Wir kamen, machten Fotos und filmten. Es war extrem wichtig, dass wir bis zum Schluss neben ihr standen. Sie erzählte uns, dass sie gesehen hatte, wie der Polizist zitterte, als er Notizen machte. Solidarität macht uns bewusst, dass wir alle direkt oder indirekt von Racial Profiling betroffen sind und gemeinsam dagegen ankämpfen können.

Was geschieht, wenn Antirassismus unsere Handlungen prägt? Was geschieht, wenn eine zunehmende Anzahl *Menschen of Color* sich weigert ihre Ausweise der Polizei zu zeigen, wenn sie angehalten werden, weil sie nicht-weiss sind? Was passiert, wenn Widerstand gegen Racial Profiling zur Normalität wird?

Dieser Text ist eine überarbeitete persönliche Reflexion aus dem neuen Buch «Racial Profiling: Struktureller Rassismus und antirassistischer Widerstand». Der Band versammelt wissenschaftliche, künstlerische und aktivistische Beiträge zu den gesellschaftlichen Hintergründen und Wirkungsweisen von Racial Profiling und den Möglichkeiten eines intersektionalen antirassistischen Widerstands.

1 Anmerkung: «Schwarz» wird hier immer grossgeschrieben, weil es sich dabei nicht um das Adjektiv bzw. die Farbe handelt, sondern um eine politische Selbstbezeichnung.

Racial Profiling:
Struktureller Rassismus und antirassistischer Widerstand.
Herausgegeben von Mohamed Wa Baile / Serena O. Dankwa / Tarek Naguib / Patricia Purtschert / Sarah Schilliger.
Transcript 2019, 336 Seiten.

Leben in der Notunterkunft (Teil 1)
Drinnen bist du eingeschlossen, draussen wartet das Gefängnis.

DAS SPIELZIMMER IST IMMER GESCHLOSSEN

Im Rückkehrzentrum in Adliswil leben Familien mit Kindern. Für sie gibt es keinen normalen Alltag.

Sandy K. und Hans Satt

Ihre Geschichten sind so unterschiedlich wie ihre Persönlichkeiten. Aber etwas haben sie gemeinsam: Sie sind im «Rückkehrzentrum» (RKZ, ehemals Notunterkunft) Adliswil untergebracht. Auch die Autorin dieses Texts musste mehrere Jahre dort verbringen. Als wir für diesen Artikel das RKZ besuchen, um mit einigen Personen über die Situation zu sprechen, sagen sie alle: «Wenn du mit einer Person sprichst, hast du mit allen gesprochen. Alle hier werden sagen: Dieses RKZ ist ein offenes Gefängnis.» Und alle möchten anonym bleiben, weil sie Angst davor haben, es würde ihre Chancen auf das Bleiberecht verringern, wenn sie sich gegen ihre Situation wehren. Zu Recht.

Deshalb erzählen wir eine Geschichte, die für alle Geschichten steht. Es ist eine Geschichte, die sich aus vielen einzelnen wahren Geschichten zusammensetzt, und die sich so trotzdem nie abgespielt hat. Um die Personen, die in Adliswil untergebracht sind, zu schützen.

Die Geschichte handelt von einer kleinen Familie: mit Vater, Mutter und zwei Kindern – einem Mädchen und einem Jungen. Der Junge ist noch zu klein für den Kindergarten. Er bleibt deshalb den ganzen Tag über im RKZ im Zimmer, weil er Angst davor hat, mit den anderen Kindern zu spielen. Schon mehrmals wurde er von ihnen geschlagen, und sein Spielzeug wurde gestohlen. Denn die Kinder stehen unter Stress, und mit so wenig Spielzeug kommt es oft zu Streitereien. Das Spielzimmer, das es im RKZ gibt, bleibt mit Ausnahme eines Nachmittags immer geschlossen. Als wir den Jungen besuchen, sitzt er auf dem Sofa und schaut sich auf einem Smartphone ein Video mit einer Holz-Eisenbahn an.

Seine Schwester ist etwas älter. Sie besucht die Primarschule Adliswil, 20 Minuten vom RKZ entfernt. Sie hat Zahnprobleme: Ihre Eltern erhalten nicht genug Geld, um gesundes Essen für sie zu kaufen. Der vierköpfigen Familie stehen etwas weniger als 30 Franken pro Tag zur Verfügung. Und anders als ihre Mitschüler*innen erhält sie keinen Gutschein für die jährliche obligatorische Zahnkontrolle. Immerhin: Dass sie die Primarschule besuchen kann, ist ein Erfolg. Eigentlich war eine sogenannte Aufnahmeklasse für sie vorgesehen gewesen, eine Klasse für Kinder, die neu in der Schweiz sind und nicht gut genug Deutsch sprechen. Obwohl das Mädchen die Sprache schon sehr gut beherrschte. Begründung: Falls es zu einer Ausschaffung kommen sollte, wäre das für die anderen Schulkinder möglicherweise traumatisierend. Wie damals, als die Polizei vor dem Schulhaus auf ein Kind gewartet hat, um es dann vor den Augen aller anderen zu verhaften – und später auszuschaffen.

Als wir für diesen Artikel das RKZ besuchen, um mit einigen Personen über die Situation zu sprechen, sagen sie alle: «Wenn du mit einer Person sprichst, hast du mit allen gesprochen. Alle hier werden sagen: Dieses RKZ ist ein offenes Gefängnis.»

Wegen solcher Erfahrungen haben sowohl das Mädchen als auch der Junge Angst vor der Polizei, die immer wieder ins RKZ kommt. Um Personenkontrollen durchzuführen. Oder um eine Familie unter Anwendung von Gewalt zu verhaften, weil sie ausgeschafft werden soll. Oft ist das laut. Die betroffenen Kinder und ihre Eltern schreien, und die Geschwister hören durch die dünnen Wände der Containersiedlung jedes Wort. Dann wird es still, und ihre Freund*innen sind weg. Auch die Mutter der Kinder wurde schon abgeholt und verhaftet. Sie musste eine Nacht in der Kaserne verbringen. Die Kinder verstanden nicht, was los war. Einmal wurde das Mädchen einige Tage, nachdem eine ihrer Nachbarsfamilien ausgeschafft worden war, von einer Besucherin gefragt, wo denn diese Familie gewohnt habe. Das Mädchen zeigte auf das entsprechende Zimmer – und rannte sofort weg. Weil sie so viel Angst hatte.

Manchmal bringen Freiwillige Geschenke ins RKZ. Dann herrscht jeweils grosse Aufregung. Die Kinder schreien, drängeln, betteln und versuchen, möglichst viel für sich selbst herauszuholen. Aber die Geschwister unserer Familie machen nicht mit. Die Mutter sagt ihnen, dass sie nicht daran teilnehmen sollen. Weil es nicht gesund sei, schon so früh auf diese Art mit der eigenen Armut konfrontiert zu werden.

Die Mutter würde eigentlich gern ein Ämtchen ausüben, um etwas mehr Geld zu verdienen und ihren Kindern vielleicht selbst mal ein Geschenk machen zu können. Auch wenn es nur ein Apfel wäre. Von den Mitarbeiter*innen der ORS Service AG (Organisation für Regie und Spezialaufträge) werden nämlich solche bezahlten Ämtchen vergeben. Wer die Küche putzt, erhält dafür pro Einsatz 4 Franken. Aber die Mutter darf so ein Ämtchen nicht übernehmen. Denn wer das begehrte Geld erhält, hängt allein von der Laune der ORS-Mitarbeiter*innen ab. Eine Rotation gibt es nicht. Es gilt also, sich mit den Mitarbeiter*innen möglichst gut zu stellen, sonst hat man keine Chance. Man muss um ihre Gunst buhlen. Hilfreich ist auch, die gleiche Muttersprache wie eine*r der Entscheidungsträger*innen zu sprechen.

Äpfel gibt es deshalb nur als Ausnahme. Auch für die 35-jährige Mutter, die ebenso wie ihre Kinder mit Zahnproblemen zu kämpfen hat. Und wenn ein Zahn kaputt geht und die Schmerzen zu gross werden, wird das Problem nicht behandelt – der Zahn wird gezogen. Viele Zähne hat sie deshalb nicht mehr, die meisten wurden schon entfernt, und ein Ersatz wäre zu teuer. Sie kann deshalb nicht mehr gut essen und kämpft mit Magenproblemen.

Kochen muss sie trotzdem für die ganze Familie. Dafür steht ihr eine Küche zur Verfügung, die sie mit allen anderen Bewohner*innen teilt. Um dahin zu gelangen, muss sie über den Innenhof laufen – auch wenn es schneit, regnet oder stürmt. Wenn sie Glück hat und zum richtigen Zeitpunkt dort ist, kann sie auf einer gut funktionierenden Herdplatte kochen. Wenn sie Pech hat, muss sie warten, bis ein Platz frei wird. Oft führt das zu Konflikten mit anderen Bewohner*innen, weil um die wenigen brauchbaren Herdplatten

Illustration: Itziar Tesán

ein Streit entflammt. Die Nerven liegen eh schon blank. Ähnlich sieht es in der Waschküche aus: Dort gibt es viel zu wenig Platz. Die vierköpfige Familie erhält nicht genug Gelegenheit, ihre Kleider zu waschen.

Nicht besser sind die sanitären Anlagen: WC und Dusche. Auch sie liegen auf der anderen Seite des Hofs. Vom kleinen Zimmer, das die Mutter sich mit der ganzen Familie teilt, führt ihr Weg zur Dusche je nach Witterung durch die Kälte oder sogar Schnee. Sie ist, wenn sie im Bademantel zum Duschen unterwegs ist, auch sichtbar für die Männer, die sich auf der Anlage befinden. Ausserdem sieht die Mutter auf dem Weg zur Dusche jeweils die Ratten, die sich in der Containersiedlung ausgebreitet haben.

Der Vater leidet unter einer schweren Depression. Aber während die Mutter zuhause nach den Kindern sehen muss, besucht er in der Stadt einen kostenlosen Deutschkurs einer solidarischen Organisation. Das Zugticket muss ihm von Privaten bezahlt werden. Das eigene Geld reicht dafür nicht aus, und die Behörden sehen keinen Grund, das Vorhaben zu unterstützen. Die Familie soll das Land ja verlassen. Trotzdem hält er sich, ebenso wie seine Frau, an der Hoffnung fest, irgendwann mittels Härtefallgesuch legalisiert zu werden. Denn alle Personen, die in den Zürcher Rückkehrzentren untergebracht sind, haben etwas gemein: Sie haben Hoffnung. Trotz der gnadenlosen Repression.

EINGEGRENZT IN URDORF

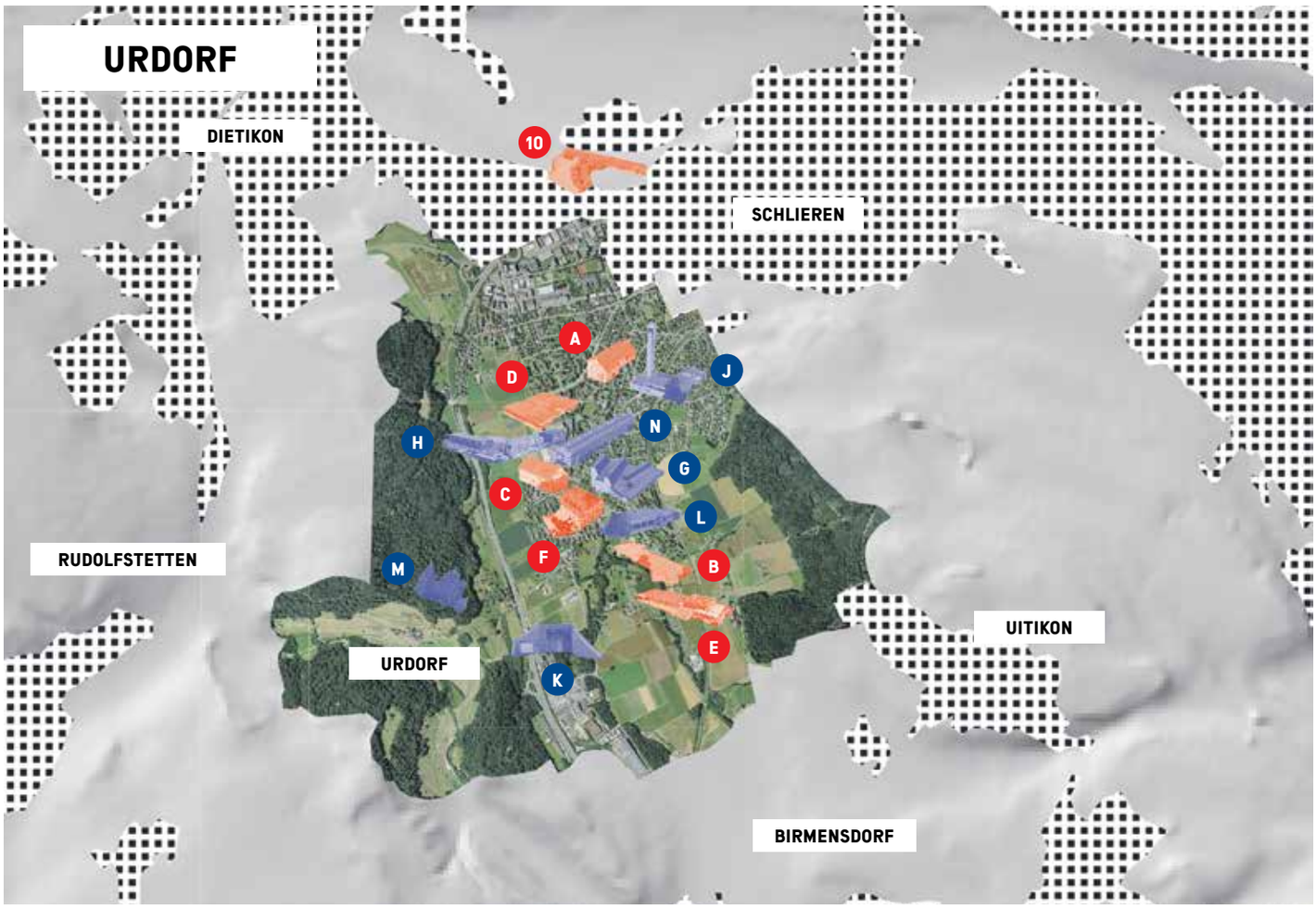


Illustration: Rahel Preisig

Legende

Orte, die für eine eingegrenzte Person – hier am Beispiel Urdorf – noch zugänglich sind.

Orte, die für eine eingegrenzte Person – hier am Beispiel Urdorf – nicht mehr erreichbar sind.

Gebiet innerhalb der Eingrenzung, in diesem Fall das Gemeindegebiet Urdorf

Besiedeltes Gebiet ausserhalb der Eingrenzung

Unbesiedeltes Gebiet ausserhalb der Eingrenzung

A Deutschkurse der Gemeinde Urdorf
Die Menschen aus der Notunterkunft sind bei den Kursen nicht erwünscht. Die Deutschkurse sollen vermutlich primär der Arbeitsmarktintegration dienen. Für Menschen, die in den Lagern interniert sind, ist dies nicht vorgesehen.

B Freibad Weihermatt
Der Eintritt ins Schwimmbad kostet 6 Franken. Bei einem Budget von 8,50 Franken pro Tag ist der Eintritt für Menschen, die von der Nothilfe leben müssen, unerschwinglich.

C Gemeindebibliothek
Menschen, die in der Notunterkunft Urdorf leben, ist der Zutritt zur Bibliothek explizit untersagt. Rechtlich ist das fragwürdig, aber es fehlen die Ressourcen, um dagegen vorzugehen.

D Hallenschwimmbad
Der Eintritt ins Schwimmbad kostet 6 Franken. Bei einem Budget von 8,50 Franken pro Tag ist der Eintritt für Menschen, die von der Nothilfe leben müssen, unerschwinglich.

E Kunsteisbahn Weihermatt
Der Eintritt zur Kunsteisbahn kostet 7 Franken. Bei einem Budget von 8,50 Franken pro Tag ist der Eintritt für Menschen, die von der Nothilfe leben müssen, unerschwinglich.

F Wirtschaft zur Sonne
Bei einem Preis von 4,20 Franken für einen Kaffee ist der Aufenthalt in der Wirtschaft für eine Person mit Nothilfe unerschwinglich.

G Evangelisch Reformierte Kirchgemeinde
Einmal pro Monat findet ein Brunch statt, der allen offen steht.

H Einkaufszentrum Spitzacker
Hier versorgen sich die im Lager Internierten mit Grundnahrungsmitteln. Meistens am Abend, wenn einige Produkte zu einem reduzierten Preis angeboten werden.

J Katholische Pfarrei

K Notunterkunft im Bunker
Die unterirdische Notunterkunft ist der einzige überdachte und warme Ort, an dem sich die Menschen – auch ohne Konsumzwang – aufhalten dürfen. Aber wegen der unhaltbaren Zustände möchte man sich dort so wenig wie irgendwie möglich aufhalten.

L Schulhaus Weihermatt
Das Solinetz bietet am Montagabend einen Deutschkurs und am Mittwoch ein Sportangebot im Schulhaus Weihermatt an.

M Wald
Der Wald ist allen Menschen zugänglich.

N Allgemeine Baugenossenschaft Urdorf
Alle zwei Wochen veranstaltet das Solinetz am Dienstagnachmittag einen Treff.

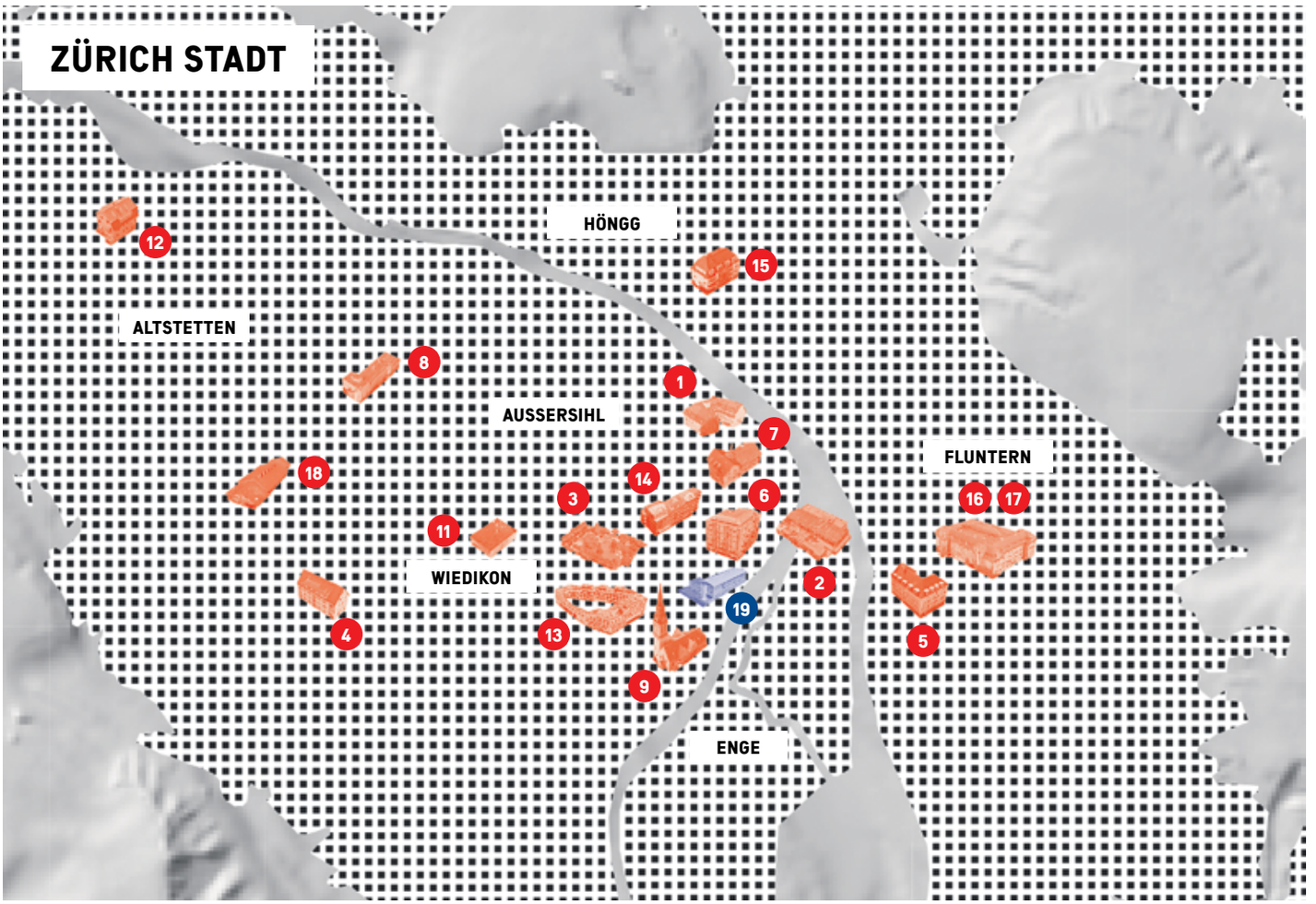


Illustration: Babel Preisig

1 Autonome Schule Zürich
Die Autonome Schule ist ein selbstverwaltetes, emanzipatorisches Bildungsprojekt und ein Projekt gegen Rassismus und Ungerechtigkeit. Es gibt Deutschkurse und viele weitere Angebote. Das Café funktioniert als Treffpunkt, wo man andere Menschen kennenlernen kann.

2 Bahnhof
Eingegrenzte Personen dürfen das Gemeindegebiet nicht verlassen. Bei Nichteinhaltung droht Haft. An das Besuchen von anderen Orten in der Schweiz ist nicht einmal zu denken.

3 Bäckeranlage
Die öffentlichen Parkanlagen der Stadt Zürich wären eine schöne Möglichkeit, sich auch ohne Konsumzwang mit Freunden zu treffen. Jedoch selbst ohne Eingrenzung sind die Parks für viele Menschen nicht sicher. Der Grund sind die rassistisch motivierten Kontrollen, welche regelmässig von der Polizei durchgeführt werden.

4 Be A Robin
Be a Robin organisiert Freizeitaktivitäten, die allen offen stehen.

5 Bibliothek Pestalozzi

6 Caritas Markt
Die Caritas-Märkte bieten armutsbetroffenen Menschen gesunde und günstige Lebensmittel an.

7 Forum des Orients
Das Forum des Orients bietet einen Raum für muslimischen Glauben und Gebet und organisiert unter anderem Deutschkurse.

8 Freiplatzaktion
Professionelle und staatlich unabhängige Rechtsberatung.

9 Kirche St. Jakob
In Zusammenarbeit mit dem Solinetz bietet die Kirche wöchentlich Deutschunterricht und einen Mittagstisch an.

10 Limmat Schlieren
Hier könnte man im Sommer theoretisch kostenlos schwimmen, um sich an heissen Tagen abzukühlen. Der Zugang liegt jedoch direkt ausserhalb des Urdorfer Gemeindegebiets. Die Polizei weiss das – und hat dort in der Vergangenheit schon gezielt eingegrenzte Personen verhaftet.

11 Merkez Moschee

12 Persönliche Anwältin
Um persönliche Anwält*innen treffen zu können, bedarf es einer Ausnahmebewilligung.

13 Sans-Papiers Anlaufstelle Zürich
Die Sans-Papiers Anlaufstelle Zürich berät Migrant*innen ohne geregelten Aufenthaltsstatus in sozialen und rechtlichen Fragen.

14 Solidaritäts Netzwerk
Das Solinetz organisiert Treffpunkte, Deutschkurse und weitere Angebote.

15 Soziales Netzwerk
Freunde und Bekannte, welche in der Stadt leben, werden unerreichbar. Die völlige soziale Isolation ist ein bewusster und öffentlich anerkannter Bestandteil der staatlichen Strategie, Personen mit negativem Asylentscheid derart zu brechen, dass sie die Schweiz verlassen.

16 Students Across Borders
Students Across Borders ist eine studentische Organisation, die den sozialen Austausch zwischen Menschen mit Fluchterfahrung und Studierenden der Universität Zürich fördert.

17 Universität Zürich
Die Vorbildung von geflüchteten Menschen wird fast nie anerkannt. Mit einer Eingrenzung kann das Universitätsgelände gar nicht erst betreten werden.

18 Velonom
Das Velonom ist eine öffentliche, selbstverwaltete Velowerkstatt.

19 Gefängnis Zürich
Jede Person, der das Aufenthaltsrecht verweigert wird, kann zu jedem Zeitpunkt wegen illegalen Aufenthalts verurteilt werden. Besonders oft, vor allem auch von wiederholter Verurteilung, sind abgewiesene Asylsuchende in Nothilfe betroffen. Auch bei Beachtung der Eingrenzung besteht deshalb konstant die Gefahr, verhaftet zu werden. Menschen ohne Eingrenzung, welchen kein geregelter Aufenthaltsstatus zugestanden wird, sind ebenfalls ständig der Gefahr ausgesetzt, wegen illegalen Aufenthalts verhaftet zu werden. Ihre blosse Anwesenheit ist ein Tatbestand.

► *Seite 18*

HIER SOLL ES SCHLIMMER SEIN ALS DORT, WOHER DU GEFLOHEN BIST

Die Eingrenzung hat Shirin von allem getrennt, was ihm wichtig war. Nicht einmal die Bibliothek darf er besuchen. Er lebt in einem offenen Gefängnis.

«Ich hatte die Vorstellung, weiterstudieren zu können – ich hatte Hoffnung», sagt Shirin. «Aber jetzt habe ich alles verloren.» Shirin, der in Wirklichkeit anders heisst, hat mit der Papierlosen Zeitung Kontakt aufgenommen, denn er wollte seine Geschichte erzählen. Selber schreiben wollte er sie hingegen nicht, und zu detailliert sollte sie auch nicht sein. Denn Shirin hat Angst vor dem Sozialamt und dem Migrationsamt. Er möchte vor allem eins: von seiner Eingrenzung erzählen, die ihn auf einen Schlag von allem getrennt hat, was ihm wichtig war. «Die Eingrenzung bedeutet für mich ein offenes Gefängnis», sagt er.

Seit mehr als drei Jahren lebt Shirin jetzt in der Schweiz. Sein Asylgesuch wurde abgelehnt – nach nur einem Interview. Die Beschwerde gegen den Entscheid ebenfalls. Der Negativentscheid habe ihn eiskalt erwischt, denn er habe sich schon gut eingelebt in Zürich. «Ich war zu dieser Zeit sehr wach», sagt er. «Ich besuchte mehrere Deutschkurse und lernte schnell.» Bald habe er sich ein Beziehungsnetz aufgebaut, etwa an der Autonomen Schule Zürich oder bei Be A Robin, einer Organisation, die regelmässig kostenlose Ausflüge organisiert. Am liebsten aber sei er zur Universität gegangen: «Ich besuchte so viele Vorlesungen wie möglich und ging in die Bibliothek, um zu lesen.» Vielleicht würde irgendwann sein abgeschlossenes Studium anerkannt werden, dachte er.

Die Mühlen der Repression

Mehrmals betont Shirin, dass er immer noch nicht verstehe, wieso man ihn bestrafe – er habe doch gar nichts verbrochen. Migrations- und Sozialamt kümmerte das wenig, sie setzten die Repressionsmaschinerie in Gang: Shirin wurde ins Rückkehrzentrum (RKZ, ehemals NUK) Urdorf, in einen unterirdischen Bunker, versetzt. Bald darauf wurde er eingegrenzt. Er darf das Gemeindegebiet jetzt nicht mehr verlassen. Sein Verbrechen: illegaler Aufenthalt.

«Vorher war ich frei, ich hatte viele Kontakte – und davon bin ich jetzt abgeschnitten», sagt Shirin. «Manchmal kommen mich Leute besuchen, aber das ist nicht das Gleiche.» Was ihm vorher Stabilität gegeben hatte, fehlt ihm jetzt. In Urdorf gibt es kaum Abwechslung. «Einmal in der Woche besuche ich einen Deutschkurs, aber seit ich in Urdorf bin, lerne ich kaum mehr Neues» Hinzu kommen ein monatlicher Brunch, ein wöchentliches Sportangebot, ein allzweiwöchentlich stattfindender Treff. Mehr Freizeitbeschäftigung gibt es im Grunde nicht, vor allem seit den im RKZ registrierten Menschen (wohl widerrechtlich) der Zutritt zur Bibliothek verwehrt wird. Und alles, was kostet, kommt für Shirin mit 8,50 Franken Nothilfe pro Tag sowieso nicht infrage.

Obwohl er kaum irgendwohin kann, verlässt er, anders als viele andere, jeden Tag frühmorgens das RKZ. «Ich möchte so wenig Zeit wie möglich in diesem Bunker verbringen», sagt Shirin. «Und am Abend, wenn ich wieder zurück muss, ist das unglaublich schwierig.» Er halte es kaum mehr aus. Deshalb habe er das Migrationsamt schon darum gebeten, ihm noch eine Chance zu geben. Vergeblich.

Was der Staat ihm stattdessen zukommen liess: Eine Verurteilung wegen illegalen Aufenthalts zu einer Geldstrafe von insgesamt 2600 Franken. Chancen, Fairness, Aufrichtigkeit – das interessiert die verantwortliche Sicherheitsdirektion nicht im Geringsten. Shirin ist in Urdorf, gerade weil er es nicht mehr aushalten und das Land verlassen soll. Das RKZ soll die schlechteste Alternative sein, die ihm zur Verfügung steht. Das ist das anerkannte politische Ziel: In diesem kleinen Agglomerationsort Bedingungen zu schaffen, die schlimmer sind als diejenigen, vor denen er einst floh. Das Ziel ist es, Shirin zu brechen.

ICH VERSTEHE NICHT

*M.**

Im Herbst 2016 flüchtete ich (28) zusammen mit meiner Mutter (55) und meiner Schwester (32) aus dem Iran über die Türkei und Griechenland in die Schweiz. Meine Mutter und ich kamen mit demselben Flugzeug aus Athen in Kloten an, meine Schwester kam eine Woche später.

Nach der Ankunft stellten wir in Kloten ein Asylgesuch. Ich kam für einen Zeitraum von 65 Tagen ins Aufnahmezentrum und wurde zwei Mal befragt. Mein Gesuch wurde negativ beschieden. Ich sollte in den Iran zurückgeschafft werden, machte aber geltend, dass meine Mutter und Schwester ja in der Schweiz seien. Dennoch kam ich in den Bunker in Uster und wurde 2 Jahre eingegrenzt.

Meine Mutter kam zuerst ins Zentrum Kreuzlingen, dann nach Schönenberg (SO). Meine Schwester kam 30 Tage nach ihrer Ankunft in Kloten auch dorthin. Ich schrieb zehn Briefe an das Migrationsamt für eine Besuchsbewilligung. Ich durfte meine Mutter und meine Schwester ein Jahr lang nicht sehen. Nach meinem elften Brief erhielt ich die Bewilligung, zwei Tage nach Solothurn zu reisen.

Im Bunker in Uster gab es immer wieder Razzien, teils mit Hunden. Einmal wurde nur ich kontrolliert. Ich schlief und wurde von einem Polizisten und einer Polizistin in Zivil geweckt. Ich müsse zur Befragung. Man müsse mir Handschellen anlegen. Ich habe nach einer Operation im Iran eine Platte im Oberarm, die meine Bewegung einschränkt und mir manchmal Schmerzen verursacht. Ich bat deshalb, dass sie mir die Handschellen nicht hinter dem Rücken, sondern vor meinem Körper anlegen. Es sei Vorschrift, sie hinter dem Rücken anzulegen, antworteten sie mir. Es schmerzte sehr. Ich weinte deswegen im Auto auf dem Hintersitz. Die Polizistin lachte. Man teilte mir mit, ich müsse wegen Papierlosigkeit, Verstoss gegen die Eingrenzung und illegalem Aufenthalt 2800 Franken Busse bezahlen. Ich bekomme – nach zweimaliger Unterschrift morgens und abends – für jeden Tag Fr. 8,50 Nothilfe. Ich bin ausgebildeter Ingenieur, aber ich darf nicht arbeiten…

Ich kam im Schock und mit grossen Schmerzen im Oberarm zurück in den Bunker. Ich schaffte es zwei Wochen nicht, für die Unterschriften aufzustehen.

Illustration: Rahel Preisig

Visualisierung der Schlafsituation im Massenschlag in der Unterirdischen Notunterkunft in Urdorf

Fotos: Milad Perego, milopic.ch

Eingang zum Bunker in Urdorf und Umgebung der Notunterkunft

Der Leiter der Unterkunft kam deswegen zu mir und organisierte einen Termin beim Arzt. Der schickte mich zum Röntgen und zum Spezialisten ins Spital. Wegen der Handschellen hatte sich die Platte verschoben. Ich erhielt einen Operationstermin. Kurz vor der Operation hatte ich einen Velounfall und kam mit Kopfverletzungen ins Spital. Mein Operationstermin musste um einen Monat verschoben werden. Nach einer Kontrolle im Bunker wurde ich ins Gefängnis nach Zürich transferiert. Weil ich den Operationstermin hatte, wurde ich nach drei Tagen entlassen. Die Platte wurde entfernt. Ich habe jetzt in meinem rechten Arm kein Gefühl, und er ist kürzer. Das war 2017. Der Bunker in Uster wurde geschlossen. Ich kam nach Kemptthal. Dort leben wir zwar nicht unterirdisch, aber es gibt kein Dorf und kein Geschäft in der Nähe.

Es ging mir schlecht. Ich war 2 Monate in der psychiatrischen Klinik. Ich hatte lange Zahnschmerzen. Auch gegen meine Schmerzen im Arm nehme ich jeden Tag Tabletten. Der Zahn sollte einfach herausgerissen werden.

Durch einen Rekurs nach den zwei negativen Entscheiden habe ich den Ausweis N erhalten. Meine Mutter hat den Ausweis B erhalten, sie lebt seither in D. im Kanton Solothurn. Meine Schwester musste sechzehn Monate auf ihr zweites Interview warten. Nach dem dritten Interview wartet sie jetzt auf ihren Entscheid. Sie lebt nach wie vor im Zentrum Schönenberg, auch im Kanton Solothurn.

Ich verstehe nicht,
warum ich nicht mit meiner Mutter und meiner Schwester leben und ihnen helfen kann,

warum wir nicht denselben Entscheid kriegen, wenn wir doch dieselben Fluchtgründe haben,

warum ich nicht wie andere von Kemptthal in ein besseres Heim transferiert werde,

warum meine Aussage weniger wahr sein soll als die Aussage der Polizisten (ich kann mich nicht gegen unangemessene Behandlung wehren, weil sie zu zweit sind und ich keine Zeugen habe),

warum mein Zahn nicht behandelt, sondern einfach ausgerissen werden sollte,
und noch viel mehr.

---

* (Name der Redaktion bekannt)

Fotos: Ettore Bruni

MIT F-AUSWEIS IM AUSGANG

Vor zwei Monaten wollte ich in einen Club an der Langstrasse. Doch ich wurde nicht hereingelassen.

Bereke Gebremariam

Für die Schweizer Clubs gibt es zwei Arten von Geflüchteten. Sie haben ihre eigenen Gesetze, obwohl die Bundesverfassung unter Art. 8 Rechtsgleichheit verspricht, damit niemand diskriminiert wird: «Namentlich nicht wegen der Herkunft, der Rasse, des Geschlechts, des Alters, der Sprache, der sozialen Stellung, der Lebensform, der religiösen, weltanschaulichen oder politischen Überzeugung oder wegen einer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung».

Vor zwei Monaten wollte ich mit zwei Freunden in einen Club an der Langstrasse. Wir hatten Geld und waren bereit, den Eintritt zu bezahlen. Der Türsteher fragte uns nach unseren Ausweisen und wir zeigten sie. Die beiden Freunde, die B-Ausweise haben, konnten rein – ich nicht. Weil ich vorläufig aufgenommen bin und einen F-Ausweis habe. Aus diesem Grund wollte er mich nicht reinlassen. Damals habe ich mir gedacht: Das ist ein komischer Club. Und ich habe den Türsteher gefragt, warum ich mit einem F-Ausweis nicht reinkommen darf. Er hat mir gesagt, dass sein Chef ihm aufgetragen habe, Menschen mit F-Ausweis nicht reinzulassen. Meine Freunde sind wieder herausgekommen, weil sie dort auch nicht bleiben wollten.

Eine Woche später versuchte ich in Winterthur wieder, zwei Clubs zu besuchen und durfte wieder nicht hinein. Der Türsteher sagte mir, dass er das auch nicht gut finde. Aber weil sein Chef ihm das so gesagt habe und er von ihm bezahlt werde, müsse er das machen. Was ich bemerkt habe: Türsteher fragen nicht alle Menschen nach ihrem Ausweis, sondern nur Menschen, die anders aussehen. Zum Beispiel Menschen, die eine dunkle Hautfarbe und schwarze Haare haben. Weil sie automatisch davon ausgehen, dass sie nicht hierhergehören. Der Türsteher erklärte mir, dass sie keine Menschen mit F-Ausweis reinlassen dürfen, weil die zu wenig Geld hätten, das sie ausgeben könnten. Und weil die Clubbesitzer denken, dass Menschen mit F-Ausweis eher kriminell seien und dem Club schaden könnten.

In dieser Nacht habe ich mich gefragt, wie viele Menschen es in der Schweiz gibt, die keinen B-Ausweis, sondern F- oder andere Bewilligungen wie N-Ausweise haben. Und ob das überall in der Schweiz so ist, dass diese Menschen dann nicht mal einen Club besuchen können. Und wie lange sie schon so gelebt haben und noch immer leben. Anderen ist es egal, weil es sie nicht betrifft, weil sie es nicht wissen oder weil sie nicht darüber nachdenken, was das für diese Menschen bedeutet.

Man ist nicht wegen einer Party oder einem Club hierhergekommen. Aber wenn man hier lebt, möchte man manchmal auch Spass haben und sich erholen. Manchmal wird man gefragt, ob man sich wie zu Hause fühlt. Was soll man antworten, wenn es solche Situationen gibt?

Ich war in verschiedenen Ländern, in denen es keine Demokratie und freie Meinungsäusserung gibt, aber ich wurde dort nicht von privaten Unternehmen diskriminiert. Ich denke, dass hier Menschen aus Profitsucht und aufgrund von Vorurteilen in verschiedene Klassen unterteilt werden. Hier, wo es eigentlich Freiheit und Gleichheit gibt. Die jedoch nicht für jeden und jede gilt. Dieses Beispiel zeigt, dass sich manche herausnehmen können, andere zu diskriminieren und deren Rechte einzuschränken. Und das richtet sich gegen die Integration in die Gesellschaft, das Thema, mit dem sich die Gesellschaft die ganze Zeit beschäftigt.

KURSPROGRAMME, VERANSTALTUNGEN UND NEUIGKEITEN DER ASZ

www.bildung-fuer-alle.ch www.facebook.com/AutonomeSchuleZh (Twitter) @aszbfa

PIR BABAS WUNDERBARE GESCHICHTEN

Wie ich hierhergekommen bin? – Ein Ereignis ist für mich sehr wichtig, weil ich dabei anderen Menschen helfen konnte. Als wir mit dem Gummiboot auf dem Meer waren und kein Benzin mehr hatten. Soll ich davon erzählen?

Gut. Das war so. Die iranische Regierung wollte die afghanischen Menschen, die im Land lebten, nach Syrien in den Krieg schicken. Deshalb musste ich zum zweiten Mal in meinem Leben flüchten. Meine Familie und ich sind früher schon von Afghanistan in den Iran geflüchtet, und nun musste ich es wieder tun. Ich kam in die Türkei. Dort habe ich etwas erlebt, was ich nicht erzählen möchte, weil es für mich zu traurig ist. Ich blieb bei einem – wie heissen die Menschen, die andere ohne Papiere transportieren? – genau, bei einem Schlepper. Ich war also bei dem Schlepper und habe dort zwei Wochen lang gewartet. Als ich einmal zum Spazieren nach draussen ging, wurde ich festgenommen und kam für einen Monat in ein türkisches Gefängnis. Als ich wieder freikam, ging meine Reise weiter nach Griechenland. Mit einem Motor-Gummiboot. Wir wollten von der türkischen Küste zur Insel Mitilini (Anm. der Redaktion: Lesbos) fahren. Um vier Uhr morgens fuhren wir zum Meer, pumpten das Schlauchboot auf und trugen es zum Wasser. Dann stiegen wir ein. Es kamen aber immer mehr und mehr Menschen dazu, am Ende drängten sich etwa siebzig oder achtzig Personen in dem nur acht Meter langen Boot, auch viele Kinder. So fuhren wir aufs Meer hinaus. Nach etwa drei oder vier Stunden war das Benzin aufgebraucht. Wir dachten alle, dass wir sterben würden, denn die Wellen waren höher als unser Boot. Viele Leute im Boot wollten aufgeben und zurückrudern, aber ich habe zu ihnen gesagt: «Sorry, wir sind jetzt drei oder vier Stunden bis hierher gefahren. Wir müssen vielleicht nur noch eine Stunde paddeln und dann sind wir in Griechenland. Wir kehren nicht um!» Alle wollten zurück, aber ich habe es nicht zugelassen. Ich habe einen harten Kopf. Immer wieder sagte ich: «Nein, nicht zurück, wir gehen vorwärts.» Irgendwann haben wir alle Hoffnung verloren. Da bin ich ins Wasser gesprungen. Ich kann gut schwimmen und ausserdem bin ich schwer, etwa hundert Kilo. Ich dachte, es würde helfen, wenn ich im Wasser schwimme und das Boot ziehen helfe. Es ging mir auch um die Kinder. Kinder sind mein Schwachpunkt! Ich kann es nicht ertragen, wenn Kinder weinen. Deshalb sprang ich ins Wasser und half, das schwere Boot zu ziehen, während die anderen im Boot paddelten und ruderten. So haben wir es schliesslich bis Mitilini geschafft.

Geflüchtete sind auch nur Menschen, es gibt gute und schlechte. Wie es im Wald auch immer trockenes Holz und nasses Holz gibt.

Als alle ausgestiegen waren, entdeckte ich, dass man mir mein Geld gestohlen hatte, während ich im Wasser war. Ich hatte meinen Rucksack im Boot gelassen, darin war mein ganzes Geld. Es macht mich immer noch traurig, wenn ich daran denke. Ich habe für diese Leute mein Leben aufs Spiel gesetzt, ich wäre wirklich fast gestorben, als ich dieses schwere Boot durchs Wasser zog – und unterdessen stahlen sie mir mein Geld.

Einen ganzen Monat lang lebte ich auf Mitilini, ohne mir etwas kaufen zu können, ohne Geld, ohne Kleider, ohne irgendetwas. Wenn jemand Essen für die Geflüchteten brachte, musste ich darum kämpfen. Es gab ausserdem ein paar Kinder, für die ich zu sorgen versuchte. Deshalb brauchte ich mehr zu essen. Wenn es ums Essen ging, musste ich frech sein. Ich war auch gemein gegen andere, aber wenn ich das nicht gemacht hätte, wären wohl zwei, drei Kinder vor Hunger gestorben und ich selbst vielleicht auch. Diese Kinder hatten ihre Mutter und ihren Vater verloren. Ich habe sie bei mir behalten und wegen ihnen habe ich mit anderen ums Essen gekämpft, wie es Tiere tun. Das musste ich tun, damit diese Kinder überlebten. Nach zwei oder drei Wochen gelang es zum Glück ihre Eltern zu finden, von denen sie während der Reise getrennt worden waren.

Ich sage es nochmals: Es war für mich eine sehr traurige Erfahrung, dass ich für die Menschen im Gummiboot mein Leben riskierte und sie mir mein Geld stahlen, worauf ich einen Monat lang wie ein Tier leben musste. Ich habe daraus gelernt, dass es auch unter den Flüchtenden verschiedene Menschen gibt. Nicht alle achtzig Menschen im Boot haben mein Geld genommen, einer hat das gemacht. Doch wegen diesem einen Mensch kann ich nicht mehr sagen: Alle Geflüchteten sind gut. Geflüchtete sind auch nur Menschen, es gibt gute und schlechte. Wie es im Wald auch immer trockenes Holz und nasses Holz gibt.

Dies war die Geschichte meiner Reise von der Türkei nach Griechenland. Natürlich gäbe es dazu noch viel mehr zu sagen. Aber sorry, wenn ich alles erzählen sollte, wir wären den ganzen Tag beschäftigt und den nächsten dazu.

Kommen wir zu einer weiteren Geschichte. Wisst ihr, wenn ich alles über meine Flucht erzähle, sitzen wir morgen noch da. Aber bei der Flucht ist alles wichtig, jede einzelne Minute entscheidet. Was für mich im Nachhinein besonders zählt, sind die Momente, in denen ich jemandem helfen konnte. Daran möchte ich mich stets erinnern. Zum Beispiel habe ich unterwegs einmal einen Hasen gefangen. Aber ich habe ihn doch nicht gegessen, weil er mir leidtat. Ich hatte diesen Hasen tagelang verfolgt, bis ich ihn endlich erwischte. Aber dann sah ich ihn an und dachte: Hm. Er ist so niedlich. Ich kann ihn nicht essen. Ich kann ihn nicht umbringen. Obwohl ich eine ganze Woche lang nur Beeren gegessen hatte, liess ich ihn laufen.

Dazu kam es, als wir von Griechenland über Makedonien weiter nach Serbien mussten. An der Grenze war jedoch das Militär. Wir fuhren mit Velos in Richtung Grenze. Irgendwann gingen die Velos kaputt und wir gingen zu Fuss weiter. Wir waren eine ziemlich grosse Gruppe. Mehr als vierzig Leute. Seit der Ankunft in Makedonien hatte ich überhaupt nicht mehr geschlafen. Mehrere Tage lang nicht einmal eine Stunde. Irgendwann erreichten wir Serbien. Wir befanden uns in einem Wald, und ich war so erschöpft, ich fühlte mich wie tot. Ich sagte zu den anderen, ich müsse ein wenig ausruhen, und legte mich auf den Boden. Sofort war ich weg. Ich schlief den besten Schlaf meines Lebens – mit dem Kopf auf einem Stein. Wahrscheinlich habe ich da etwa zehn Stunden lang geschlafen. Unterdessen gingen die anderen weiter. Niemand weckte mich.

Illustration: Itzlar Tesán

Als ich endlich erwachte, war ich ganz allein in diesem grossen Wald. Ich weiss bis heute nicht, wo genau das war, aber der Wald war wirklich riesengross. Rasch sprang ich auf die Füsse und sah mich um, doch ausser mir war niemand da. Es war mitten in der Nacht und stockdunkel. Wenn man ganz allein in der Nacht in einem Wald erwacht, weiss man nicht, was man machen soll. Ich marschierte einfach los, ohne zu wissen, wohin. Wahrscheinlich bin ich noch tiefer in den Wald hinein gegangen, denn ich fand keine Strasse und sah und hörte keinen Menschen. Dann sagte ich zu mir: Pir Baba, jetzt ist es fertig mit dir, hier findest du nie wieder heraus. Ich war sehr hungrig und durstig. Nun, etwas ist wirklich gut in Europa: Es gibt überall Wasser zum Trinken! Zuerst fand ich Wasser. Und dann Beeren, diese kleinen, schwarzen, es gibt Joghurt damit – richtig, Brombeeren!

Ich ass so viele Brombeeren, bis mir der Bauch weh tat. Mein Gedanke war: Du musst so viel wie möglich essen, du weisst ja nicht, wann du wieder etwas findest. Dann ging ich weiter ohne einen Plan, wohin ich gehen sollte und wo ich schlafen konnte. Trotzdem ging ich immer weiter. Zum Glück gab es überall Wasser, Bäche und kleine Flüsse, ich habe in dieser Zeit sehr viel Wasser getrunken. Irgendwo blieb ich für die Nacht.

Am zweiten Tag fand ich wieder Beeren und Wasser, und dort liess ich mich nieder. Mir waren Filme in den Sinn gekommen, die ich früher gesehen hatte, und ich dachte, wenn ich an einer Stelle bleibe, würde man mich suchen und irgendwann finden. Deshalb verbrachte ich einen ganzen Tag an diesem Ort, wo es Beeren und Wasser gab, und dann noch einen Tag. Ich ass Beeren und trank Wasser. Am dritten Tag sagte ich zu mir: Pir Baba, du bist ein Flüchtling. Du bist allen egal. Niemand kommt dich suchen, und wenn du ein ganzes Jahr hier bleibst. Nicht einmal deine Familie weiss, wo du bist. Worauf also wartest du? Du musst dich selber retten. Deswegen ging ich nach drei Tagen weiter. Unterwegs fand ich wieder Beeren und ass sie. Trotzdem hatte ich jetzt grossen Hunger und wünschte mir sehr, ich könnte etwas anderes essen.

Am vierten Tag sagte ich zu mir: Pir Baba, du findest niemals aus diesem Wald heraus. Ich war sehr deprimiert und niedergeschlagen. Meine Energie war vollkommen am Ende. In diesem Moment sah ich den Hasen. Er war weiss und schwarz, hinten war er schwarz, und am Kopf und am Vorderleib war er weiss. Ich sah diesen Hasen und sagte: Danke, Gott. Du hast mir Essen geschickt! Sofort rannte ich auf den Hasen zu, doch er lief davon und ich hinter ihm her. Leider war der Hase schnell und ich langsam. Ich war damals ziemlich dick, mein Bauch schwang beim Laufen hin und her, aber ich wollte unbedingt diesen Hasen haben. Mit der Zeit wurde ich müde, es war anstrengend, dem Hasen zu folgen, und ich fragte mich, wie ich bloss dieses Tier fangen konnte. Dann war der Hase auf einmal verschwunden, und ich musste wieder Beeren essen. Diese Beeren! Sie hingen mir zum Hals heraus. Immer nur Beeren. Inzwischen konnte ich nicht mehr viele auf einmal essen, sonst kamen sie mir wieder hoch.

Sofort packte ich ihn an den Ohren, hielt ich ihn vor mich hin und sagte: Ah, heute esse ich etwas Gutes! Dann betrachtete ich den Hasen.

Später am Nachmittag, es war vielleicht der vierte oder fünfte Tag, ich hatte jedes Zeitgefühl verloren, begegnete ich wieder dem Hasen. Pir Baba, sagte ich zu mir, diesmal machst du es besser. Ganz langsam, um ihn nicht zu erschrecken, näherte ich mich ihm. Ich wollte sehen, wo er hinläuft, denn ich sagte mir, dass er wohl irgendwo seine Wohnung hat. Tatsächlich fand ich die Höhle, in der er lebte und sah ihn darin verschwinden. Darauf kauerte ich mich nieder und wartete vor dem Eingang wie die Katze vor dem Mausloch. Wenn der Hase rauskäme, wollte ich ihn sofort packen. Doch dieser freche Hase kam einfach nicht wieder heraus. Gewiss vier Stunden lang habe ich gewartet. Danach hatte ich Rückenschmerzen und sagte mir: Jetzt ist Schluss, du musst etwas essen. Neben der Wohnung des Hasen gab es Beeren. Es war aber eine andere Sorte als die, welche ich bisher gegessen hatte. Ich sagte mir: Wie schön! Es gibt Abwechslung. Und ass von diesen Beeren. Nach einer kurzen Weile spürte ich meine Füsse nicht mehr. Dann spürte ich meinen Körper nicht mehr und fiel um. Zum Glück blieben meine Augen offen und mein Kopf lag genau so, dass ich auf das Loch des Hasen schaute. Wie lange ich so unbeweglich dalag, weiss ich nicht. In meinem Zustand merkte ich nicht, wie die Zeit verging, ich denke aber, ich lag da gewiss zwölf Stunden lang wie tot. Doch auch der Hase blieb in seinem Haus. Endlich konnte ich meinen Kopf wieder bewegen, meine Schulter, meine Hand, meine Füsse – mein Körper erwachte und ich sagte zu mir: Diese Beeren sollst du nie wieder essen! Jetzt streckte auf einmal der arme Hase seinen Kopf hervor. Sofort packte ich ihn an den Ohren, hielt ich ihn vor mich hin und sagte: Ah, heute esse ich etwas Gutes! Dann betrachtete ich den Hasen. Ich sah seine Augen, wie er mich anschaute. Vorhin, als ich hinter ihm her war, kam er mir ziemlich frech vor. Ich sagte mir: Dieser Teufel von einem Hasen! Doch wie ich ihn in den Händen hielt, war er auf einmal klein und niedlich. Ich konnte ihn nicht umbringen. Er sah mich mit so grossen Augen an und ich dachte: Was kann ich machen? Okay, sagte ich endlich zu dem Hasen, du kannst gehen. Ich kann dich sowieso nicht töten. Der Hase hatte Glück gehabt. Im Grunde genommen hatte ich noch nie etwas Lebendiges selber umbringen können, das hatte ich ganz vergessen. Also habe ich den Hasen laufen lassen.

Es war eine göttliche Fügung. Als ich nämlich den Hasen losgelassen hatte, lief er in eine Richtung, und da ich ihm nicht mehr folgen wollte, ging ich in die andere. Kurz darauf entdeckte ich am Boden einen Kinderschuh, dann ein T-Shirt und später noch weitere Kleidungsstücke. Die Menschen, mit denen ich vorher geflüchtet war, hatten sie liegen lassen. Es war eine Spur, der ich nachgehen konnte, und eine halbe Stunde weiter kam ich zu einer Strasse.

Immer, wenn ich diese Geschichte erzähle, sehe ich vor mir diese grossen, schwarzen Augen des Hasen. Ich erinnere mich, wie ich dachte, ich schlage ihn gegen einen Baum oder Stein, bis er stirbt. Und wie ich merkte, nein, das kann ich nicht, geh, Hase! Und er geht in die eine Richtung und ich in die andere und finde die Strasse.

Dort war allerdings sofort die Polizei hinter mir her. Sie nahmen mich fest und steckten mich ins Gefängnis. Irgendwo in Serbien. Es war seltsam: Im Wald hätte ich mich über jeden Polizisten gefreut und keiner kam. Als ich aber den Weg aus dem Wald gefunden hatte, war die Polizei gleich da.

Jetzt muss ich eine Zigarette rauchen. Weisst du, wenn ich lange spreche, bekomme ich Kieferschmerzen. Ich habe früher einmal geboxt. Einmal traf mich einer am Kinn, da sprang der Kiefer heraus. Das ist mir passiert, als ich ein Boxer war. Deswegen habe ich heute Probleme, wenn ich viel rede.

Aufgezeichnet von Katharina Morello

Fotos: Mohammad Reza Jafari

Demonstration in Bern gegen die Vorläufige Aufnahme und die daraus folgenden Diskriminierungen, 10. März 2018.

WIE EIN VOLKSENTSCHEID ZU SYSTEMATISCHER AUSGRENZUNG FÜHRT

Im Kanton Zürich erhalten vorläufig aufgenommene Ausländer*innen mit F-Status keine Sozialhilfe mehr. Die Folgen sind drastisch

*Vertreter*innen von map-F*

Eineinhalb Jahre ist es her, seit am 24.09.17 die Stimmberechtigten im Kanton Zürich entschieden haben, dass vorläufig aufgenommene Ausländer*innen keinen Anspruch mehr auf Sozialhilfe haben sollen. Seit dem letzten Jahr werden Betroffene nur noch durch die wesentlich niedrigeren Ansätze der Asylfürsorge unterstützt. Theoretisch bedeutet das: Je nach Gemeinde etwa 30 Prozent weniger Geld für die Miete, weniger Geld für alltägliche Ausgaben. Konkret bedeutet das: In vielen Gemeinden entfallen nun Integrationsmöglichkeiten wie Deutschkurse. Und es wurden Strukturen geschaffen, welche diese verletzliche Personengruppe in prekäre Lebensverhältnisse zwingen.

Die Umsetzung der Gesetzesänderung liegt in den Händen der Gemeinden. Zwar gibt es Empfehlungen der SKOS, verbindliche Richtlinien gibt es jedoch keine. Was aussergewöhnlich ist; denn in der Sozialhilfe und in allen Sozialversicherungen liegen im Normalfall klare Vorschriften und Gesetze vor, die weitgehend festlegen, wer auf wie viel Unterstützung Anspruch hat.

Keine Wohnung, kein Deutschkurs

Die Situation im Kanton Zürich ist nach einem Jahr äusserst unübersichtlich. Neben den grossen gibt es auch kleine, ländliche Gemeinden. Viele von ihnen legen nur beschränkt oder gar nicht offen dar, wie sie die Asylfürsorge gestalten. Die Situation ist völlig intransparent. Die Gemeinden im Kanton Zürich setzen die Gesetzesänderung sehr unterschiedlich um. Welche Leistungen die Gemeinden Betroffenen konkret zukommen lassen und auf welcher Basis Entscheide gefällt werden, muss nicht offengelegt werden.

Es sind jedoch Tendenzen sichtbar. In ausnahmslos allen Gemeinden wurden drastische Kürzungen vollzogen. Abgesehen vom Gesundheitswesen betrifft dies alle Bereiche des Alltags: Vielerorts müssen Personen mit Status F aus ihren Wohnungen aus- und im Extremfall – der leider kein Ausnahmefall ist – in Kollektivunterkünfte zurückziehen. Das Budget für alltägliche Ausgaben wird mindestens um ein Drittel gekürzt. Viele Gemeinden – darunter alle Gemeinden, die mit der ORS Service AG Leistungsverträge abgeschlossen haben – kürzen noch weitaus stärker. Es ist mindestens ein Fall bekannt, laut welchem eine Familie einen Grundbedarf erhält, der wesentlich niedriger ist als die Ansätze der Nothilfe, auf die abgewiesene Asylsuchende Anspruch haben. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Finanzierung von Integrationsleistungen – zum Beispiel von Deutschkursen. Es sind Fälle bekannt, in denen bei Ehepaaren nur noch dem Mann ein Deutschkurs bezahlt wird: Er soll möglichst schnell arbeiten können. Die Frau soll zu Hause bleiben und auf die Kinder aufpassen.

Die grossen Unterschiede zwischen den einzelnen Gemeinden kommen für Betroffene einer Lotterie gleich. Wer Glück hat, wird einer Gemeinde mit einer moderaten Gesetzesumsetzung zugewiesen. Wer Pech hat, ist gezwungen in einer Gemeinde zu leben, welche ausschliesslich Asyl- und Kollektivunterkünfte für vorläufig aufgenommene Personen vorsieht und erhält nur marginale Unterstützungsleistungen.

Kinder besonders betroffen

Vorläufig aufgenommene Personen sind Personen, die wegen Kriegen oder Konflikten ihre Heimat verlassen mussten – aus genau den gleichen Gründen, aufgrund derer andere Migrant*innen Asyl erhalten. Die Mehrheit von ihnen wird ihr Leben in der Schweiz verbringen, doch der Status der vorläufigen Aufnahme versetzt sie in einen prekären Zustand. Sie sind gegenüber anerkannten Geflüchteten stark benachteiligt; so wird ihnen etwa nur ein unzulässiger Schutzstatus gewährt, was für Betroffene psychisch sehr belastend ist. Mit der Gesetzesänderung

im Kanton Zürich hat sich die Situation zusätzlich verschärft. Besonders drastisch sind die Veränderungen für Kinder und Jugendliche. Unter gegebener Situation ist ein altersgerechtes und gesundes Aufwachsen nicht gewährleistet.

Vorläufig Aufgenommene haben ein Anrecht auf angemessene Unterstützung, um sich ein Leben aufbauen zu können. Sie benötigen eine Starthilfe, um sich eine neue Existenz aufbauen zu können. Sie haben ein Recht auf Teilhabe an der Gesellschaft. Was vom Kanton und Bund gefordert werden muss, ist klar: Integration anstatt Exklusion. Nur unter angemessenen Bedingungen können sich geflüchtete Personen in eine Gesellschaft integrieren und an der hiesigen Gesellschaft teilhaben. Und nur eine solche Gesellschaft ist eine nachhaltige Gesellschaft. Egalität und Chancengleichheit statt Ungleichheit und Diskriminierung. Es kann und darf nicht sein, dass eine solch krasse Ungleichbehandlung in der heutigen Zeit nicht nur toleriert wird, sondern solche Verhältnisse strukturell erst geschaffen werden.

Die Monitoring- und Anlaufstelle map-F

map-F ist eine Monitoring- und Anlaufstelle für vorläufig aufgenommene Personen. Der unabhängige Verein betreibt eine Anlaufstelle in der Stadt Zürich. map-F sammelt Informationen über die Umsetzung des neuen Gesetzes in möglichst vielen Gemeinden und macht diese Informationen der Öffentlichkeit zugänglich. Die Anlaufstelle hört die Probleme Betroffener an, informiert sie und klärt sie über ihre Situation auf und zeigt ihnen möglichen Handlungsspielraum auf. Gleichzeitig bietet map-F Betroffenen eine Stimme, indem Willkür und Diskriminierung öffentlich gemacht werden.

Genauere Informationen zu diesem Thema: www.map-f.ch

Um diese Ziele besser erreichen zu können, ist map-F auf Unterstützung und Hinweise angewiesen:

- Kennst du Personen, die von der Gesetzesänderung betroffen sind?
- Hast du sonst Informationen darüber, was wegen dem neuen Gesetz passiert?
- Hast du Interesse daran, bei uns mitzuarbeiten?

Melde dich bei uns!
Wir sind telefonisch/via Whatsapp erreichbar: 077 520 92 93 / und per E-Mail: info@map-f.ch

IN DEN GEMEINDEN HERRSCHT WILLKÜR

Bei der Unterbringung von Asylsuchenden und vorläufig Aufgenommenen sind die Unterschiede enorm. Das ist nicht fair.

Martina Läubli

Die Schweiz ist ein wohlgeordnetes Land. Eigentlich. Doch für viele Asylsuchende oder vorläufig Aufgenommene herrscht hier Willkür. Im Hinblick auf die Unterbringung in den Gemeinden ist es reiner Zufall, ob man es besser trifft oder schlechter oder katastrophal. Im Kanton Zürich werden Asylsuchende etwa sechs Monate nach der Einreise nach einem nicht öffentlich gemachten Schlüssel auf die 168 Gemeinden verteilt. Wie sie dann untergebracht werden – also ganz konkret: wo und wie sie leben –, liegt in den Händen der Gemeinden. Das kann eine Wohnung sein oder ein Zimmer oder eine Massenunterkunft in einer Baracke. 2 bis 10 Personen müssen sich ein Zimmer teilen. Die zur Verfügung gestellten Wohnräume sind oft baufällig. Da gibt es Schimmel an den Wänden, Algen in der Dusche, eine hartnäckige klebrige Fettschicht überall in der Küche, die man mit 20 Personen teilen muss. Oder es fehlt an Isolation und Heizung. Und, was besonders schwierig ist: Es fehlt an Privatsphäre.

In vielen Unterkünften wird Anwesenheit kontrolliert. Die Betreuer verfügen über einen Schlüssel zu den einzelnen Zimmern, können also jederzeit hineinkommen. In einer Zürcher Gemeinde (Name der Redaktion bekannt) herrscht sogar totale Überwachung, und der Betreuer verbietet den geflüchteten Menschen den Kontakt zu den Dorfbewohner*innen. Dieser Extremfall zeigt: Die jeweiligen Sozialbehörden und Betreuer*innen haben eine grosse Macht. Und es kommt vor, dass diese Macht missbraucht wird und geflüchtete Menschen schikaniert werden. Von Missachtung der Menschenwürde zeugt auch, wenn in einer anderen Gemeinde der Betreuer zu einem Geflüchteten sagt: «Du bist kein Mensch. Du bist bei uns nur eine Nummer.»

Natürlich gilt dies nicht für alle Gemeinden. Es gibt auch Orte, wo sich man sich verantwortungsvoll um Asylsuchende kümmert und wo die Wohnbedingungen tragbar sind. Aber die Intransparenz ist gross und die Unterschiede sind krass. Die Gemeinden sind recht frei, welche Leistungen sie Asylsuchenden und vorläufig Aufgenommenen (Status F) gewähren. Mit 300 bis 500 Franken pro Monat müssen die Asylsuchenden auskommen. Zugang zu Deutschkursen? Gibt es an einigen Orten, an anderen nicht. Die Hälfte an ein ZVV-Ticket, damit man Deutschkurse besuchen kann? Gibt es an einigen Orten, an anderen nicht. Ärztliche Behandlung? Gibt es an einigen Orten, an anderen nicht. Über die Gründe dieser krassen Unterschiede lässt sich nur spekulieren: Ist es das Kalkül, auf den Schultern zugewanderter Menschen Kosten zu sparen? Oder Rassismus? Oder Nachlässigkeit? Was auch die Ursachen sein mögen: Das Fehlen von einheitlichen Standards macht das Leben von Asylsuchenden zu einer Lotterie. Das ist unfair und passt nicht zu einem demokratischen Rechtsstaat.

WIRTSCHAFTLICHER AUFSCHWUNG VON UNTEN – DIE BANK DER MAPUCHE

Die Bank der Mapuche Küme Mogen in Temuco (Chile) zeigt, wie sich ein indigenes Volk, von starker Armut betroffen, wirtschaftlichem Aufschwung und einem neuen gesellschaftlichen Modell annähern kann. Die Organisation steht auch im Austausch mit Aktivisten der ASZ.

Malte Seiwerth

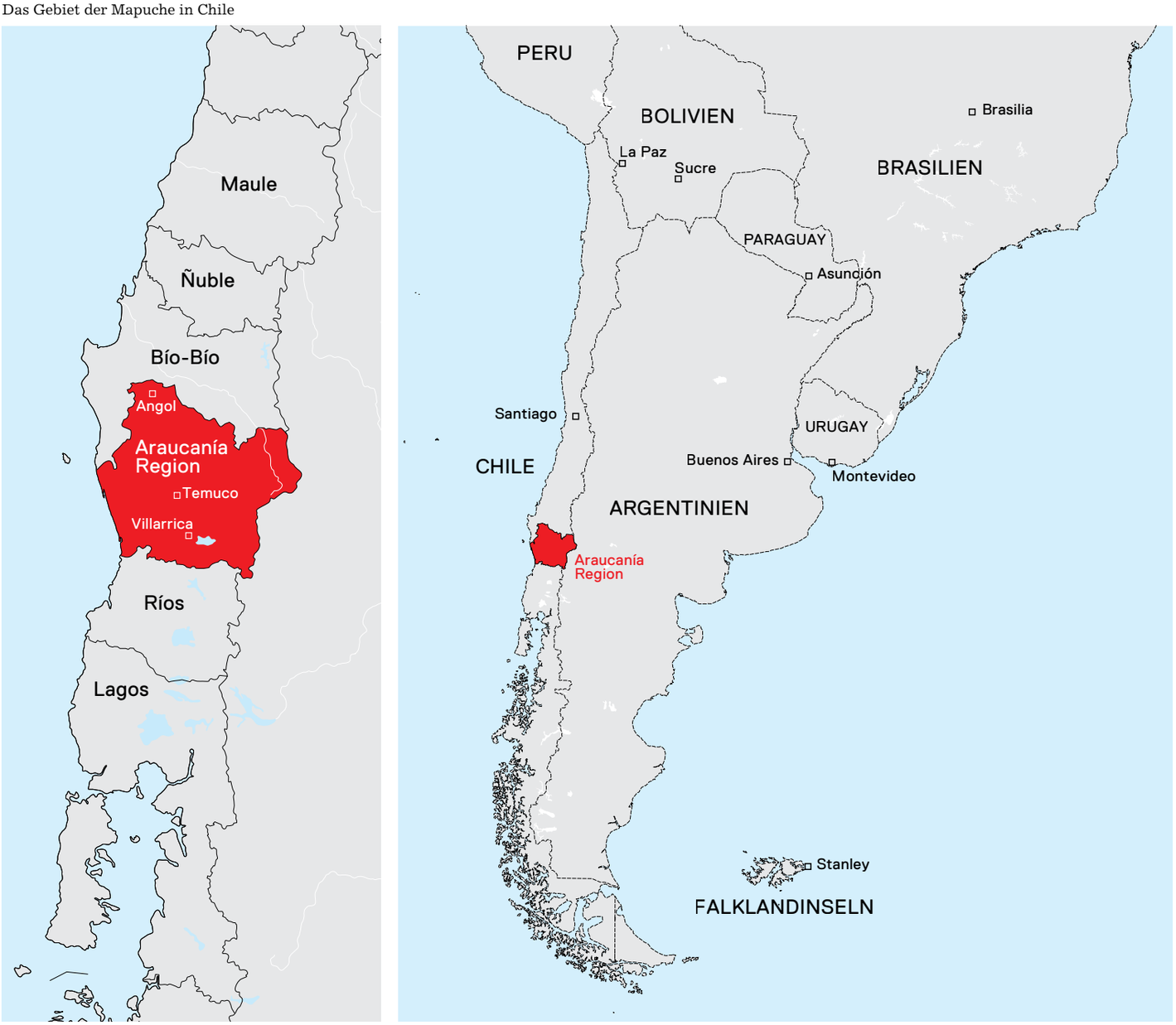
In Temuco, Hauptstadt der chilenischen Region Araucania, sitzt Vicente Painel in einem engen Büro mit sich häufenden Akten. Um den kleinen bärtigen Mann mit langen Haaren herum schwirren Menschen mit Rechnungen auf langen zusammengeklebten Papierbögen. Wir sind in der genossenschaftlichen Bank *Küme Mogen*, was in der Sprache der Mapuche, der indigenen Volksgruppe in diesem Teil Chiles, «gutes Leben» bedeutet. Vicente erklärt: «Wir sind die einzige Bank der Mapuche und wollen mit der *Küme Mogen* die wirtschaftliche Basis für eine Wohlfahrtsgesellschaft indigener Art stellen.» Doch dazu nachher mehr.

Wir, zwei Aktivisten der Autonomen Schule ASZ, sind hier in Temuco, um einer Gruppe von etwa 20 Mitgliedern der Genossenschaft von der Autonomen Schule zu erzählen. Vicente selber war vor sechs Jahren in der ASZ und erzählt bis heute von den spannenden Erfahrungen im «Turm Babylons». Wir sind uns einig, dass ein solcher gegenseitiger Erfahrungsaustausch ein wichtiger Beitrag zur Förderung selbstorganisierter Projekte (oder einer «Internationale der Selbstorganisation») ist. Dieser Artikel setzt diesen Austausch nun fort.

Schmelztiegel sozialer Probleme Chiles

Temuco befindet sich in der ärmsten Region Chiles (siehe Kasten) und erlebt eine starke Binnenmigration. Besonders betroffen sind die Mapuche. Verarmt nach

Das Gebiet der Mapuche in Chile



Jahrzehnten der Diskriminierung und durch Landraub, ziehen viele von ihnen aus dem Umland in die Stadt und versuchen dort irgendwie über die Runden zu kommen. Folglich wächst Temuco ungebremst, und überall sind neue Siedlungen im Entstehen begriffen. Vom Staat fühlen sich die Mapuche alleingelassen: «Der Staat ignoriert uns», so Vicente. «Internationale Vereinbarungen zwingen ihn zwar dazu uns anzuerkennen, in der Praxis hilft er uns aber nicht, aus der Misere herauszukommen. Unsere Bank hat zum Beispiel noch keinen einzigen Peso vom Staat als Unterstützung bekommen.»

Wirtschaftsförderung aus eigener Kraft – Die *Küme Mogen*

Aufgrund der Vernachlässigung und Unterdrückung durch den Staat ist eine Gruppe von Mapuche zur Überzeugung gelangt, dass ein wirtschaftlicher Aufschwung nur durch eigene Kraft erzwungen werden kann. So wurde die *Küme Mogen* gegründet. Alle Mitglieder haben bei ihr ein Sparkonto, auf das sie monatlich Geld einzahlen. Dieses wird dann dafür verwendet, günstige Kredite an andere Mitglieder zu vergeben. So konnten verschiedenen Projekte, wie etwa Ladeneröffnungen, Agrargeräteerwerb und die Gründung von genossenschaftlichen Betrieben finanziert werden. Vicente erzählt: «Mittlerweile sind wir richtig gross geworden. Wir haben über 600 Mitglieder und mehr als 140 Millionen Pesos [etwa 210 000 CHF] an Krediten vergeben.»

Küme Mogen, der Name und das Leitkonzept der Bank, bedeutet so viel wie «gutes Leben» und beruft sich auf die vorkolonialen Gesellschaften im Andenraum. Es beschreibt das Ideal einer echten Wohlfahrtsgesellschaft, die im psychischen, sozialen und ökologischen Gleichgewicht aller seiner Mitglieder steht und auch das Miteinander von Mensch und Natur beinhaltet. Das bedeutet, entgegen kapitalistischer Ausbeutungslogik, mit allen Elementen einen gleichwertigen Austausch einzugehen. «Nun nehmen wir dieses idealisierte Konzept und versuchen, es auf unsere Gesellschaft des 21. Jahrhunderts anzuwenden», meint Vicente. «Unter den Mapuche grassiert die Armut. Das *Küme Mogen* basiert auf einem gewissen materiellen Wohlstand, der zurzeit nicht existiert. Die Aufgabe unserer Bank besteht darin, einen wirtschaftlichen Aufschwung zu fördern, in dem Unternehmen im Einklang mit der Umwelt entstehen. Das geht über die Produktion eines finanziellen Mehrwerts hinaus. Wir sind eine ‹ethische Bank› mit dem Zweck, einer Wohlfahrtsgesellschaft indigener Art näher zu kommen.»

Mehr als nur eine Bank

In der *Küme Mogen* finden täglich Kurse und andere Aktivitäten statt. «Wir fördern unsere Sprache, das *Mapuzungun*, durch kostenlose Kurse. Hinzu kommen Kurse über Recycling oder andere wichtige Themen. Wir haben ausserdem einen Solidaritätsfonds für Mitglieder in finanziellen Schwierigkeiten. Unser Standort hat sich mittlerweile zu einem wichtigen Treffpunkt entwickelt. Täglich gibt es einen gemeinschaftlichen Mittagstisch, der gut besucht wird. Zudem wurden hier verschiedene kulturelle und politische Initiativen gegründet, wie zum Beispiel der erste Fernsehkanal von Mapuche, der bald via Streaming seinen Betrieb aufnimmt.»

Küme Mogen bedeutet so viel wie «gutes Leben». Es beschreibt das Ideal einer echten Wohlfahrtsgesellschaft, die im psychischen, sozialen und ökologischen Gleichgewicht aller seiner Mitglieder steht und auch das Miteinander von Mensch und Natur beinhaltet.

Als wir später am Abend im Sitzungssaal den Genossenschaftler*innen die ASZ vorstellen, kommen wir auch auf die neuen Probleme in Temuco zu sprechen. Mit den haitianischen Immigrant*innen erlebt diese Stadt derzeit eine neue Art der Migration. Sie sprechen kein Spanisch und werden von allen Seiten diskriminiert, selbst von vielen Mapuche. Ein Aktivist meint: «Wir als Unterdrückte sollten uns mit ihnen solidarisieren und zusammenarbeiten. Vielleicht könnten wir mit selbstorganisierten Spanischkursen anfangen, um sie in unsere Bank *Küme Mogen* zu integrieren.»

Das *Wallmapu* – Stammland der Mapuche

Die neunte Region Chiles oder *Región de la Araucanía* ist der ärmste Landesteil. Ihr kaufkraftbereinigtes BIP pro Kopf beträgt nur $10 760 US-Dollar, während das nationale bei etwa $24 000 liegt. Damit hat Araucanía ein viel kleineres BIP als etwa Panama ($25 351) oder gar die Schweiz ($61 221). Die Region besteht zum grossen Teil aus dem ehemaligem Siedlungsgebiet der indigenen Mapuche, auch *Wallmapu* genannt. Im Gegensatz zu vielen anderen indigenen Völkern schafften sie es lange Zeit ihre Unabhängigkeit zu bewahren und wurden erst 1881 vom chilenischem Staat erobert. Mit der Besetzung des *Wallmapu*, wurden die Ländereien der Mapuche europäischen Siedler*innen übergeben, unter ihnen vielen Schweizer*innen. Die Mapuche wurden in sogenannte «Indianerreservate» gesteckt. In den darauffolgenden Jahren raubten die Grossgrundbesitzer*innen weitere Ländereien der Mapuche. Die daraufhin entstandene Armut besteht bis heute. Die Hauptforderung vieler Mapuche ist, dass ihnen mindestens die als Reservate gekennzeichneten Gebiete zurückgegeben werden. Ihr Kampf um Gerechtigkeit wird vom chilenischen Staat und der Presse häufig als Terrorismus bezeichnet. Dies dient als Vorwand, das *Wallmapu* bis heute militärisch zu besetzen. Dabei kommt es regelmässig zu Menschenrechtsverstössen von Seiten der Polizei und ungeklärten Todesfällen auf Seiten der Mapuche.

www.papierlosezeitung.ch

SCHAU VORBEI!

Regelmässige Updates und Online-Archiv

Leben in der Notunterkunft (Teil 2)
Drinnen bist du eingeschlossen, draussen wartet das Gefängnis.

DER KAMPF GEGEN MIGRATION: WIE EUROPA DEN KRIEG EXPORTIERT UND SEINE GRENZEN AUSLAGERT

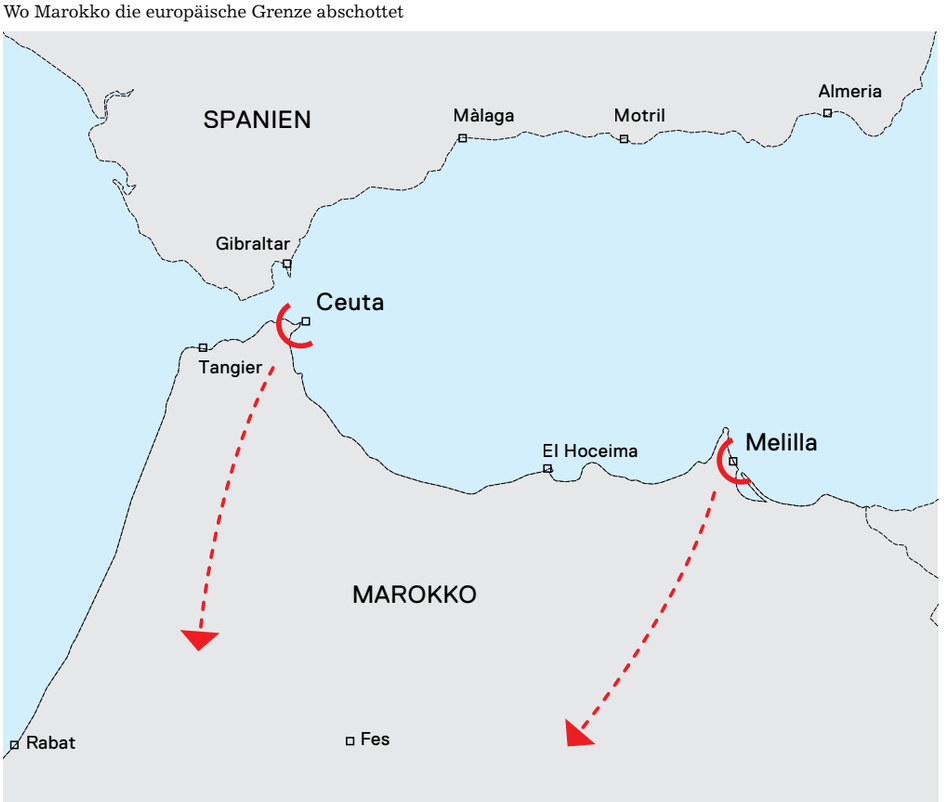
Die mit europäischen Geldern finanzierte Repression trifft Migrant*innen in Marokko hart.

Osama Abdullah

Am 30. November 2018 wurde Oussman in Tangier auf dem Heimweg von einem gemeinsamen Abend mit Freunden von der marokkanischen Polizei angehalten und dazu aufgefordert, sich auszuweisen. Oussman hatte keine Papiere. Seit er Nordmali verlassen hatte, lebte er mittlerweile schon seit einem Jahr in Tangier und hoffte, es eines Tages über die berüchtigte westliche Mittelmeerroute nach Europa zu schaffen.

Die westliche Mittelmeerroute birgt gefährliche Tücken für alle, die es lebend durch die Sahara bis nach Marokko geschafft haben, wo die Staatsgewalt auf willkürliche Razzien setzt. Von Marokko aus wollen migrierende Menschen in den Norden, meist nach Tangier. Dort haben sie zwei Optionen: Entweder klettern sie bei Ceuta und Melilla über den weltweit am besten gesicherten Stacheldrahtzaun oder sie überqueren das Mittelmeer in nicht seetüchtigen Booten Richtung Spanien. Von Hunderten schafft es gerade einmal eine Handvoll, den Grenzzaun zu erklettern und nach Europa zu springen. Diese erleiden dabei oft schwere Verletzungen durch den Stacheldraht und den Sprung aus grosser Höhe. Und auf See erreichen die Hilfeschreie der in Seenot Geratenen eventuell nur taube Ohren. Nach Angaben der *IOM (Internationale Organisation für Migration)* hat sich die Anzahl der im westlichen Mittelmeer Ertrunkenen 2018 im Vergleich zu 2017 verdreifacht. Die meisten Boote schaffen es nicht, spanische Gewässer zu erreichen, und geraten in Seenot. Sie bitten gewöhnlich die spanischen Behörden um Hilfe, doch diese verneinen ihre Zuständigkeit und geben die Hilferufe an die marokkanische Marine weiter. Nach Berichten von Aktivisten von *Alarmphone* und einer spanischen Aktivistengruppe unter der Leitung von Helena Maleno lassen sich die marokkanischen Behörden meist viel Zeit mit ihrer Reaktion.

Wo Marokko die europäische Grenze abschottet



norm

Später an jenem 30. November fand sich der nichtsahnende Oussman in einer Gefängniszelle vor, zusammen mit zwei anderen migrantischen Menschen aus der Subsahara. Im Laufe der Nacht füllte sich die zehn Quadratmeter grosse Gefängniszelle mit immer mehr Menschen, die alle eine Gemeinsamkeit hatten: keine Papiere. Am nächsten Tag wurde Oussman zusammen mit 30 Personen in einen Bus gesperrt, der Richtung Süden fuhr. Während der beschwerlichen 20-stündigen Busreise an die Südgrenze waren sie mit Handschellen gefesselt.

Das *Alarmphone* klagt an

Im Bus war auch ein anderer Migrant aus der Subsahara, der für das *Alarmphone* aktiv ist. Das *Alarmphone* ist ein Projekt, das in Seenot geratenen Menschen eine zusätzliche Möglichkeit gibt, SOS-Hilferufe zu empfangen und zu beantworten. Er war nicht der erste *Alarmphone*-Aktivist, der festgehalten und in den Süden des Landes deportiert wurde. Mit einer Reihe von Stellungnahmen und Posts auf sozialen Medien verurteilte die Organisation die Verhaftung und Deportation ihrer Aktivist*innen in Marokko. Im Laufe des Jahres 2018 wurden bei verschiedenen Gelegenheiten mehr als fünf Aktivist*innen verhaftet, in Busse verfrachtet und in den Süden des Landes deportiert, knapp 1000 Kilometer von Tangier entfernt.

Die Anzahl der im westlichen Mittelmeer Ertrunkenen hat sich 2018 im Vergleich zu 2017 verdreifacht. Die meisten Boote schaffen es nicht, spanische Gewässer zu erreichen, und geraten in Seenot.

Diese Strategie einer Deportation von migrierenden Menschen in den Süden ist nicht neu. Sie wird von den marokkanischen Behörden seit 2015 angewandt. Aber die Anzahl der Fälle erreichte während und nach dem Sommer 2018 ein Maximum. Wohl nicht zufällig zu einer Zeit, in der die marokkanischen Behörden

unter dem Druck der EU die Migration über die westliche Mittelmeerroute mit eiserner Faust verhindern wollten.

Aktivist*innen und Betroffene berichten vom Verlust ihrer Habseligkeiten wie Handys, Geld und Kleidern. In einigen Fällen sei es zu Sabotageakten, Vandalismus und der Zerstörung von Strukturen wie Lebensräumen oder sozialen Netzwerken gekommen, die sich migrierende Menschen in Tangier aufgebaut hatten.

«In Tangier ein Mensch aus der Subsahara zu sein, genügt der Polizei als Grund, dich zu verhaften, dich in Handschellen zu legen und dich in einen Bus Richtung Süden zu stecken, 1000 Kilometer vom Meer entfernt», sagte mir Abdel-Rahman, ein Migrant aus Ghana, der in Tangier gelebt hat und jetzt in Spanien ist.

Das Königreich Marokko hat im vergangenen Jahrzehnt mehr als hundert Millionen Euro an europäischen Steuergeldern erhalten, um die Migration aufzuhalten.

Aber es bleibt nicht bei Razzien. *Alarmphone* hat über zahlreiche Menschenrechtsverletzungen berichtet, die sich in Marokko zugetragen haben. Sie reichen von Vertreibung über verbalen und physischen Missbrauch bis zur Verhinderung von Demonstrationen von Gruppen von Migrant*innen, welche die Nase vollhaben von all den Polizeirazzien und Misshandlungen, die sie in Marokko erleiden.

Dazu kommt, dass die Bilanz von Marokkos «Integrations»-Bemühungen von migrantischen Gemeinschaften miserabel ausfällt. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit befeuert rassistische Gefühle und nährt den Hass gegen fremde Migrant*innen, die aus ihren Ländern vor Verwüstung, politischen Krisen und bewaffneten Konflikten geflüchtet sind.

Mehr als 100 Millionen Euro
in zehn Jahren

Es steht im Widerspruch zum Willen von Millionen von europäischen Bürger*innen, die mit Menschlichkeit und Würde auf die Migrationskrise antworten möchten, wenn das Königreich Marokko im vergangenen Jahrzehnt mehr als hundert Millionen Euro an europäischen Steuergeldern erhalten hat, um die Migration aufzuhalten, und Marokko so zu einem Schlüsselkomplizen solcher Bemühungen gemacht wurde. Berichte von Menschenrechtsverletzungen, die sowohl Migrant*innen wie auch marokkanische Bürger*innen betreffen, zeigen dieses Land als riskanten Partner der EU. Aber nach Aussage der Sprecherin der Europäischen Kommission, Mina Andreeva, ist Europa bereit, diese Taktik auszubauen:
«Wir sind uns des von Marokko erwarteten Bedarfs voll bewusst. Er erfordert einen viel höheren finanziellen Aufwand, und wir sind bereit, ihn zu liefern», liess sich die Sprecherin im August 2018 vernehmen.

Niemand vertraut seine Kinder oder sich selbst dem offenen Meer an, wenn das Land sicher ist. Das ist eine Realität, die viele in der EU nicht sehen wollen.

Während Italiens Regierung und andere Kräfte innerhalb der EU die humanitären Bemühungen der Seerettungsorganisationen, etwa der *Sea Watch* oder der *MSF* (*Médecins sans Frontières*), zu kriminalisieren und zu verhindern versuchen, stellt die EU 55 Millionen Euro zur Durchsetzung ihrer Pläne bereit, um ihre Aussengrenzen zu externalisieren. Nach Aussage des früheren Präsidenten des Europäischen Parlaments und amtierenden spanischen Aussenministers Josep Borrell soll die Hälfte dieser Mittel zur «Entschärfung der gegenwärtigen Zustände in Marokko» verwendet werden.

Auf der anderen Seite förderte die Schweiz, repräsentiert durch ihren Botschafter in Marokko, Jürg Lauber, die Ausarbeitung des multilateralen Abkommens *Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration*. Dieses unverbindliche Abkommen wurde in Anwesenheit von Vertretern von 164 Ländern in Marakkesch in Marokko unterzeichnet. Es enthält zehn Leitsätze und 23 Zielvorgaben. Die Leitsätze enthalten etwa *nachhaltige Entwicklung, Rechtsstaatlichkeit und rechtsstaatliche Verfahren* und *nationale Souveränität*. Im Abkommen formulierte Ziele wie die Bekämpfung des Menschenschmuggels, Grenzmanagement und Erleichterung von Rückkehr dienen jedoch letztlich der Legitimation der bestehenden Repressionspolitik.

Als 2017 die Existenz lbyscher Sklav*innenmärkte enthüllt wurde, versprach der Präsident Frankreichs, Emmanuel Macron, Notfallaktionen zur Rettung von Migrant*innen. Und EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Junker behauptete, er könne nachts nicht schlafen mit diesem Wissen im Kopf. Allein die Sprache hat sich ebenso wenig geändert wie die Aktionen. Der Versuch, die Migrationskrise zu bewältigen, der als Krieg gegen Unmenschlichkeit daherkam, hat sich als nichtig herausgestellt. Er kommt höchstens dem Privatsektor zugute, indem er den Sicherheitsagenturen weit die Türen öffnet und ihnen ermöglicht, etwas dazu zu verdienen, während andere, besonders jene, die in die Migration getrieben werden, unter prekären Bedingungen leben. Nach Aussage des Reports *Expanding the Fortress*(Ausweitung der Festung) des holländischen Forschers Mark Akkerman haben mindestens 35 Länder die finanzielle Unterstützung der EU priorisierend für die Militarisierung ihrer Grenzen eingesetzt. Der EU-Notfallfonds für Afrika (*Emergency Trust Fund for Africa*) hat zwar fünf strategische Ziele festgelegt, aber ein Grossteil der Gelder fliesst in Projekte mit dem Ziel eines «verbesserten Migrationsmanagements». All diese Länder sind wohlgemerkt Hochrisikogebiete, was Menschenrechte angeht.

Die berührenden Worte des britisch-somalischen Dichters Warsan Shire sprechen Bände:
«Niemand setzt seine Kinder in ein Boot, wenn das Wasser nicht sicherer ist als das Land.»

Es ist so: Niemand vertraut seine Kinder oder sich selbst dem offenen Meer an, wenn das Land sicher ist. Das ist eine Realität, die viele in der EU nicht sehen wollen. Trotz dem, was die gegenwärtig zurückgegangene Zahl der Ankommenden vorgaukelt und trotz der falschen Narrative, die sie hervorbringt, haben die angewandten Massnahmen der EU die «illegale» Migration nicht aufgehalten, und sie werden sie nicht aufhalten. Diese Zahlen werden von EU-Funktionären gefeiert. Jene gestehen sich aber schwerlich ein, dass der kurzfristige Rückgang der Ankommenden einer Zunahme der Todesrate und einem schreienden Anstieg von Menschenrechtsverletzungen zu verdanken ist. Das Fehlen von angemessenen Lösungen jenseits der Logik der Nationalstaaten und ihrer hartherzigen Souveränität, das Fehlen von offenen und sicheren Fluchtwegen für bedrohte Menschen, hat einen hohen Preis.

Bei ihrem Streben nach einem besseren Leben für sich selbst und für ihre Kinder, nach einem Leben ohne Gewalt und Armut, werden Menschen gezwungen, immer gefährlichere Fluchtwege zu gehen und ihr Leben von Schlepper*innen und faschistischen Grenzpolizist*innen abhängig zu machen.

IDEAL NEWS 3.0

Bilick News Sport Meinung Politik Mehr

Das meint BILICK

Wir sind alle verheiratet

Meinung Kommentare 23:46 Uhr 12.04.2019 23:46 Uhr 12.04.2019

Menschen mit allen Lebensentscheiden können neue Hoffnung schöpfen. Die Schweiz revidiert ihr Ehegesetz. Unter dem Motto «Ehe für alle» wird neu die Mehrpersonen-Heirat möglich. Bis zu sieben Personen können einen Bund fürs Leben eingehen – unabhängig von Geschlecht/Gegut und sexueller Orientierung. Es wird viele Feste geben. Wir leben alle unter der gleichen Haube.

Abonnemente Neue Zeitung Anmelden

Menü Startseite > Wirtschaft

Der Brentry ist geglückt

Auf den britischen Inseln sind alle müde vom Brexit-Streit. Deshalb hat sich Grossbritannien bereits vor dem 1. May für den Brentry entschieden. Nach langem Ringen ist klar: Grossbritannien tritt der Afrikanischen Union (AU) bei. Der Inselstaat muss 20 Billionen Pfund Eintrittsgeld bezahlen. Dafür dürfen die Britinnen und Briten visumsfrei in afrikanische Staaten reisen. Die Royals arbeiten mittlerweile auf einer Blumenplantage in Kenia. Und Queen Elizabeth ist an den Ort zurückgekehrt, wo sie 1952 zur Königin wurde. Das Common Wealth lebt! Und Grossbritannien kann wieder vom grossen imperialistischen Königreich träumen.

Tages-Anreizer

Front Zürich Schweiz International Wirtschaft Börse Sport Kultur Reisen Wissen Auto Blogs Panorama Mehr

Frank-reich ist Frank-arm

Endlich! Emmanuel bezahlt Reparationen an Haiti. Das kleine Haiti hat die Gelder, die es als Entschädigung für die Abschaffung der Sklaverei jahrelang an die Grosse Nation zahlen musste, unverzüglich zurückgefordert. Macron zieht seinen Kopf aus der gelben Schlinge, indem er Haiti zahlt, zahlt und zahlt. Es gibt so viele offene Rechnungen aus der Kolonial- und Sklavenzeit. Und die Algerier haben sich bis jetzt noch gar nicht gemeldet. Frank-reich ist jetzt Frank-arm. Dem Land bleiben nur noch gelbe Träume und der Eiferturm.

80 minuten

Klimafreundlich 1. Mai 2019 10:56; Akt: 11.05.2018 10:58

Wird die SVP grün?

Es stimmt eben gar nicht, dass rechte Parteien unbedingt gegen den Klimaschutz sind. Sogar die SVP scheint grün zu werden, nachdem sie endlich verstanden hat, dass der Klimawandel ein Fluchtgrund ist. Die Volkspartei ist deshalb bereit, klimafreundlich zu werden. Christoph B. fährt jetzt nur noch Velo zum APZ (Autonomen Pflegeheim Zürich). Er freut sich über die gewonnene Prise Lebensverlängerung. Ob es der SVP so gelingt, den Klimigrantismus einzudämmen?

Menü | Basar Zeitung Basel Suche Login Abonnieren

1. Mai 2019 10:56 22 50 3

Endlich eine Kriegsentzugstherapie

Drei hochdotierte Psychopathen erhalten hochdosierte Kriegsentzugstabletten, verabreicht durch Doktor Ulrich Schlüer. Es handelt sich um die Herren Netanyahu, Trump und Bolsonaro. Frau Rickli und Herr Köppel haben sich freiwillig zur Verfügung gestellt, ihre Therapie zu begleiten. Es stehen noch mehr Patienten auf der Warteliste. Leider gibt es zu wenig Betten für alle. Die Schweizer Pharmariesen Roche und Novartis wetteifern, wer die Medikamente kostenlos spenden darf.

watsnot

Schweiz International Wirtschaft Sport Leben Spass Digital Wissen Blogs Videos

Der grosse Polizeistreik

Inspiriert von den klimastreikenden Kindern legen unsere Freund*innen und Helfer*innen ihre Uniformen und Schlagstöcke nieder. Die Bevölkerung in der Schweiz hat einen ganzen Monat polizeifrei. Es gibt keine Kontrollen und keine Wasserwerfer. Ermüdet vom Racial Profiling machen die Beamt*innen stattdessen Corporate Profiling: Man trifft die Polizei undercover vermehrt im Kanton Zug, am Zürcher Paradeplatz und in St. Moritz.

MISSVERSTÄNDNISSE

Im Land der Spitäler

Als ich in die Schweiz kam, sah ich überall die Schweizerfahne. Ich dachte aber, es sei die Spitalflagge, wie sie bei uns vor den Spitälern hängt. Mir fiel der Unterschied mit den Farben von Kreuz und Hintergrund zuerst nicht auf. Ich sah also überall in der Schweiz diese Fahne und dachte: Wow, in diesem Land gibt es viele Spitäler! In jeder Strasse mindestens eines.

Gib mir!

Es gibt Wörter in Persisch und Deutsch, die gleich klingen. Das wusste ich am Anfang nicht. Im ersten Asylheim wo ich war, bekamen wir das Essen ausgegeben. Die junge Frau, die mir meinen Teller gab, sagte immer «bitte» zu mir, und ich zerbrach mir den Kopf, was sie von mir wollte. Man muss wissen, bei uns heisst «bitte» so viel wie «gib mir!» Ich dachte, die Frau habe wohl ein paar persische Wörter gelernt, und ich suchte immer in meiner Tasche, ob ich etwas hätte, was ich ihr geben könnte. Aber ich hatte kein Geld und sprach damals noch überhaupt kein Deutsch, weshalb ich nicht fragen konnte. Bei uns war auch ein alter Mann, der wunderte sich auch. Er sagte: «Es ist verdammt schlimm, dass sie immer etwas von mir will, noch bevor sie mir etwas gegeben hat.» Ich kann sagen, wir sind fast verzweifelt, bis wir gelernt haben, was «bitte» auf Deutsch bedeutet.

Von Like- und Stinkefingern

Wenn du den Daumen hochhältst für das «Like»-Zeichen – also bei uns hat das eine ganz andere Bedeutung. Es ist, wie wenn du hier den Mittelfinger hochstreckst. Das habe ich schon in der Türkei erlebt. Ich habe einer alten Frau geholfen, ihre Einkäufe zu ihrem Haus zu tragen. Dann hat sie mir den Daumen hoch gezeigt, denn ich konnte kein Türkisch mit ihr sprechen. Ich war empört und sagte: «Ja, danke vielmals! Ich habe dir geholfen und du zeigst mir dafür diesen Finger. Also wirklich!» Ich wusste eben nicht, dass dies ein gutes Zeichen ist – wie «like» eben – und ich sagte mir, okay, du bist jetzt in Europa, du musst lernen, wie die Menschen in Europa sind. Ich kam zuerst nicht auf die Idee, dass es etwas anderes bedeuten könnte. Ich dachte bloss, hier sind alle sehr schlimm.

Die Polizistin und der Kuss

Es gibt auch eine interessante Geschichte aus Zürich. Als ich hier angekommen bin, war ich einmal mit einem alten Velo unterwegs, das ich von jemandem geschenkt bekommen hatte. Damit bin ich am Abend ohne Helm und ohne Licht gefahren und wurde von einem Polizisten und einer Polizistin angehalten. Die Polizistin sagte zu mir: «Tschuldigung, aber Sie bekommen eine Busse.» Darauf habe ich gesagt: «Ja, gut. Bitte schön.» Ich war darüber nicht unglücklich, denn bei uns bedeutet «Busse» so viel wie «Kuss». Ich hielt ihr meine Wange hin und sagte: «Nur zu. Sie können mir so viel Busse geben, wie Sie wollen!» Sie war nämlich eine junge und hübsche Polizistin. Da hat sich der Polizist umgedreht, damit ich es nicht sehe, aber seine Schultern bewegten sich so, dass ich gemerkt habe, wie sehr er gelacht hat. Ich denke, sie haben verstanden, was mein Missverständnis war, weil man zum Beispiel in Österreich doch auch «Bussi geben» für Küssen sagt, das hat mir später jemand erzählt. Auf jeden Fall gaben sie mir dann doch keine Busse. Aber auch keine Küsse. Leider.

Aufgezeichnet von Katharina Morello

SPENDEN SIE FÜR DIE PAPIERLOSE ZEITUNG

Auch die aktuelle Ausgabe der Papierlosen Zeitung ist durch grosses und vollständig ehrenamtliches Engagement aller Mitwirkenden entstanden.
Für Druck und Vertrieb fallen dennoch Kosten von rund 8000 Fr. an, die wir nur mit Spenden decken können. Danke, wenn Sie diese Arbeit mit einer Spende unterstützen!

Oder werden Sie Fördermitglied der Autonomen Schule!

Der Beitrag für eine Mitgliedschaft beträgt mindestens 50 Franken pro Jahr für Einzelpersonen (100 Franken für Institutionen). Vermerk zur Fördermitgliedschaft: Stellen Sie sicher, dass uns Ihre vollständige Adresse erreicht, so dass wir Ihnen die nächste Papierlose Zeitung nach Hause schicken können.

Zudem sind Sie herzlich an die öffentlichen Veranstaltungen der ASZ eingeladen.

Infos dazu erhalten Sie, wenn Sie auf www.bildung-fuer-alle.ch unseren Newsletter abonnieren. Und auf unserer Webseite www.papierlosezeitung.ch finden Sie laufend aktuelle Artikel.

Spendenkonto:
Verein Bildung für Alle
Alternative Bank ABS, 4601 Olten
Postkonto: 46-110-7
Konto-Nr.: 306.112.100-00,
IBAN: CH83 0839 0030 6112 1000 0